



Deutscher Bundestag

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung

Wortprotokoll 22. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 12. November 2014, 10:00 Uhr

Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.800

Vorsitz: Dagmar G. Wöhrl, MdB

Jürgen Klimke, MdB

Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung zum Thema: „Urbanisierung“



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Heinrich (Chemnitz), Frank Huber, Charles M. Kippels, Dr. Georg Klinke, Jürgen Pfeiffer, Sibylle Selle, Johannes Stein, Peter Westermeyer, Waldemar Wöhrl, Dagmar G. Zech, Tobias	Albsteiger, Katrin Flosbach, Klaus-Peter Grund, Manfred Jüttner, Dr. Egon Lücking-Michel, Dr. Claudia Marwitz, Hans-Georg von der Röring, Johannes Stauche, Carola Stritzl, Thomas Weiss (Wesel I), Sabine
SPD	Barchmann, Heinz-Joachim Engelmeier, Michaela Heinrich, Gabriela Kofler, Dr. Bärbel Raabe, Dr. Sascha Rebmann, Stefan Weber, Gabi	Barthel, Klaus Bülow, Marco Juratovic, Josip Schäfer (Bochum), Axel Steffen, Sonja Tiefensee, Wolfgang Zöllmer, Manfred
DIE LINKE.	Hänsel, Heike Movassat, Niema	Buchholz, Christine Groth, Annette
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kekeritz, Uwe Roth (Augsburg), Claudia	Brugger, Agnieszka Meiwald, Peter



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Mittwoch, 12. November 2014, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Table with 4 columns: Ordentliche Mitglieder des Ausschusses, Unterschrift, Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses, Unterschrift. Rows are categorized by party: CDU/CSU, SPD, and DIE LINKE.



Tagungsbüro

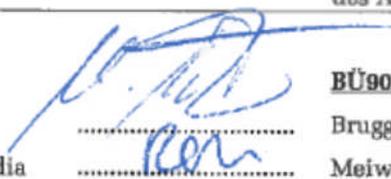
Seite 2

**Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit und Entwicklung)**

Mittwoch, 12. November 2014, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Kekeritz, Uwe	Brugger, Agnieszka
Roth (Augsburg), Claudia	Meiwald, Peter



Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 12. November 2014, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

SPD

.....

DIE LINKE.

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Rohlsauer

CDU/CSU

[Handwritten Signature]

Alexander König

Die Linke

[Handwritten Signature]

Manuel Paulos

CDU / CSU

[Handwritten Signature]

Henzi Hen

B90 / Grüne

[Handwritten Signature]

Jan Metzler

CDU / CSU

[Handwritten Signature]

.....

.....

.....

.....

.....

.....



Sachverständige
zur öffentlichen Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
am 12. November 2014 von 10.00 bis 13.00 Uhr
zum Thema "Urbanisierung"

Dr. Clara Brandi Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungs- politik (DIE), Bonn	
George Deikun UN-Habitat Liaison Office, Geneva, Switzerland	
Prof. Dr. Christian Schmid Titularprofessor am Departement Ar- chitektur der ETH Zürich	
Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert Universität Dortmund, Fachgebiet In- ternational Planning Studies (IPS), Dortmund	
Prof. Albert Friedrich Speer junior Stadt- und Regionalplaner, Gründer des Architektur- und Planungsbüros AS&P	



Nur zur dienstlichen Verwendung

Konzept für die Öffentliche Anhörung zum Thema „Urbanisierung“

Einleitung:

In vielen Entwicklungsregionen wächst die Stadtbevölkerung. Bereits heute leben mehr als die Hälfte der Menschen in Städten. Laut UN-Prognosen wird bis zum Jahr 2050 der Verstädterungsgrad auf 66 Prozent oder um 2,5 Milliarden Menschen wachsen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) weist darauf hin, dass 90 Prozent des kommenden Anstiegs der städtischen Bevölkerung in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden wird. 60 Prozent der künftigen Stadtbewohner werden Minderjährige, also unter 18 Jahren sein, viele davon leben im Slum bzw. werden in einem Slum leben. Leben im Slum bedeutet in der Regel, dass es keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, keine Abwasserentsorgung und keine ausreichende Infrastruktur gibt, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Verkehr und Energieversorgung. Der Mangel an Perspektiven kann zu Kriminalität und Spannungen führen.

Es stellt sich die Frage, wie das Phänomen der Urbanisierung berücksichtigt werden kann, wenn es um die Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) und perspektivisch die Sustainable Development Goals (SDGs) geht. Inwiefern kann die Urbanisierung eine Chance sein, um Mütter- und Kindersterblichkeit zu senken, Bildung zu stärken, HIV/AIDS zu reduzieren, den Zugang zu Trink- und Abwasserversorgung zu verbessern und mehr für das Klima zu tun? In den Städten leben die Menschen geballt zusammen, so dass dort sehr viele Menschen durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden können.

Die zukünftige Energieversorgung der schnell wachsenden Städte ist nicht nur eine Frage für wirtschaftliches Wachstum und Teilhabe, sondern auch für das Weltklima. Der Klimawandel betrifft alle Teile unseres Planeten. Das gilt auch für die Folgen des Klimawandels, wie Naturkatastrophen, Extremwetter, Überschwemmungen und Dürren, die zu noch mehr Hunger auf der Welt führen. Gerade die Themen Energieversorgung und Verkehrs-

planung für die wachsenden Städte und „Megacities“ in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind deshalb von entscheidender Bedeutung.

Der WeltRisikoBericht 2014 weist darauf hin, dass schnell wachsende Städte besonders verwundbar sind. Der enorme Zuwachs an Menschen führt demnach zur Bildung informeller Siedlungen und von Slums – oftmals in Gebieten, die Naturgefahren gegenüber besonders exponiert sind: an Flussufern oder in Hanglagen. Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stellt sich die Frage, ob und wie sie die Resilienz dieser bedrohten Städte verbessern kann, damit nicht jedes Naturereignis zu einer Katastrophe wird, die viele Menschenleben kostet und zudem hohe Kosten für den Wiederaufbau verursacht. Urbanisierung braucht als Grundlage Rechtssicherheit, so zum Beispiel bei Wohn- und Eigentumsrechten. Stadtplanung kann präventiv wirken.

Sachverständiger:

George Deikun, UN-Habitat Liaison Office Geneva Schweiz

Block 1: Gesellschaftliche, soziale und politische Aspekte der Urbanisierung

Nach Schätzungen von Amnesty International leben schon jetzt weltweit mehr als eine Milliarde Menschen in rund 200.000 Slums. Bis 2030 sollen es bereits zwei Milliarden Menschen sein. Leben im Slum bedeutet eine hohe Kinder- und Müttersterblichkeit, Mangel an einer angemessenen Gesundheitsversorgung und häufig Armut. Die mangelnde Sicherheit und hohe Kriminalität sind ebenfalls große Probleme. Oft fehlt der Zugang zu Bildung und damit zu Perspektiven. Ungleichheit ist in Städten höher ausgeprägt als auf dem Land, auch wenn die absolute Armut auf dem Land größer ist. Dies bietet die Basis für Konflikte, so dass sich die Frage stellt, welche Rolle der Ausbau der sozialen Sicherung in Städten spielen muss und kann. Außerdem geht es um die Frage, wie die Teilhabe der Bewohner gestärkt und ihre Sicherheit erhöht werden kann. Dazu gehören die Vermeidung von Korruption, Stärkung von „Good Governance“ und nicht zuletzt verlässlicher Schutz durch Sicherheitskräfte und eine Dezentralisierung.



Fragen:

- Welche sozialen Folgen sind durch die zunehmende Urbanisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern absehbar? Was sind die wesentlichen strukturellen Ursachen für unterschiedliche Entwicklungsniveaus von Städten, die sich zu „Megacities“ entwickeln?
 - Wie kann und wie wird Urbanisierung im MDG/SDG Prozess berücksichtigt? Wie ist Urbanisierung im Prozess hin zu einer sozial-ökologischen Transformation, wie ihn etwa der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderung beschreibt, einzuordnen? Welche UN-Organisationen sollen und werden das Thema im MDG/SDG Prozess begleiten und umsetzen? Auf welchen inhaltlichen Feldern sollte Deutschland seinen Einfluss im Kontrollgremium von UN Habitat geltend machen?
 - Wie können und müssen Bildungsangebote verbessert werden vor dem Hintergrund von Armut und der überwiegend sehr jungen Bevölkerung in schnell wachsenden Städten in Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie schaffen wir menschenwürdige und nachhaltige Beschäftigung für die Menschen in Städten? Welche positiven Beispiele gibt es?
 - Welche Chancen bieten wachsende Agglomerationen für die allgemeine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und speziell zugunsten der Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit, und wie können diese Chancen besser genutzt werden? Welche positiven Beispiele gibt es? Wie stärken wir die öffentliche Daseinsvorsorge in Städten? Welche Rolle spielt öffentliche Infrastruktur, welche Rolle können/sollen private Anbieter oder PPP spielen?
 - Welche Rolle kann und muss die selbstbestimmte Familienplanung, verbunden mit Aufklärung, bei der Urbanisierung in Entwicklungsländern spielen? Welche positiven Beispiele gibt es? Wie müssen Frauen im Rahmen der Urbanisierung gestärkt werden, und welche Konzepte gibt?
- Welche Konzepte gibt es, um die Sicherheit der Bewohner in den Städten zu verbessern sowie um „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung zu stärken?
 - Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich bei schnell wachsenden Städten für Demokratisierungsprozesse und Partizipation der Bevölkerung?
 - Wie kann in schnell wachsenden Städten das Recht auf Wohnen umgesetzt werden und welche Rolle spielen dabei der soziale Wohnungsbau und kommunale Wohnungsbaugesellschaften?
 - Wie sieht die Entwicklung von dezentralen und Mikro-Ansätzen (etwa Versicherungen, Energieversorgung) für Slumbewohner aus? Welche besonderen Bedürfnisse gibt es hinsichtlich von Flüchtlingsstädten?

Sachverständige:

Professor Dr. Christian Schmid, Titularprofessor am Departement Architektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich)

Professor Albert Friedrich Speer junior, Stadt- und Regionalplaner, Gründer des Architektur- und Planungsbüros AS&P

Block 2: Technische, planerische und rechtliche Aspekte der Urbanisierung

In Städten ist die Infrastruktur nicht mit der Bevölkerungszunahme gewachsen. Das gilt zum Beispiel für die Energieversorgung. Viele der weltweit 1,3 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu Elektrizität, oder der 2,7 Milliarden Menschen, die keine modernen Kochmöglichkeiten haben, leben in den „Megacities“. Und der Energiebedarf wird nach UN-Prognosen weiter steigen. Mangelnde Wasserversorgung- und Abwasserentsorgung sind ein großes Problem in Städten, und genau dies wiederum führt zu Erkrankungen. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur sind Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, für die Teilhabe der Einwohner und die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Es



stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie die Beziehung zwischen dem ländlichen Raum und den wachsenden Städten verbessert werden kann, zum Beispiel durch Handelsbeziehungen und Infrastruktur, wie also städtische Entwicklung und ländliche Entwicklung sich gegenseitig befördern können.

In der Entwicklungszusammenarbeit erscheinen oft Einzelprojekte in Städten (z.B. Energie oder Wasser). Hier stellt sich die Frage danach, welche Rolle für die Zukunft verstärkt „Paketlösungen“ bieten können, die ein Bündel an Unterstützungen für schnell wachsende Städte bereitstellen.

Urbanisierung braucht Planung, zumal eine nachträgliche Veränderung nicht nur teuer, sondern auch aufgrund der Land- und Eigentumsrechte schwierig ist. Die Frage stellt sich daher, welche rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen, um erfolgreiche Stadtplanung umzusetzen, wie die lokalen Behörden gestärkt werden müssen und wie dabei die Rechte der Einwohner gesichert und ihre Beteiligung verbessert werden.

Fragen:

- Wie kann es gelingen, für schnell wachsende Städte vor dem Hintergrund des Klimawandels in Entwicklungsländern eine nachhaltige Energie-Infrastruktur aufzubauen? Wie sieht die Energie-Infrastruktur in den schnell wachsenden Städten in Entwicklungsländern aus? Welche positiven Beispiele gibt es im Bereich Erneuerbare Energie?
- Wie können in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie Toiletten wirksame Verbesserungen vor dem Hintergrund der Urbanisierung erreicht werden?
- Welche Rolle müssen die Entwicklung des ÖPNV, der Mobilität und der Transportinfrastruktur für schnell wachsende Städte spielen? Welche positiven und negativen Beispiele gibt es?
- Wie können sich städtische und ländliche Entwicklung besser verknüpfen lassen, zum Beispiel durch Handel und Verkehrsinfrastruktur, und wo drohen Stadt-Land-Konflikte? Stichwort „Urban Rural Linkage“: Könnte man den zehn geplanten „grünen Zentren“ des BMZ komplementär zehn urbane Zentren zuordnen, um die

städtische und ländliche Entwicklung stärker zu verknüpfen?

- Wie kann und muss die Resilienz städtischer Großräume erhöht werden, und wie stellt sich die höhere Verwundbarkeit schnell wachsender Städte gegenüber Naturgefahren dar? Gibt es ganzheitliche Naturkatastrophen-Vorsorge-Konzepte?
- Welche Erfahrungen gibt es mit Konzepten der Entwicklungszusammenarbeit für schnell wachsende Städte, die umfassende „Paketlösungen“ anbieten, also mehrere thematische Schwerpunkte beinhalten? Wie sollte Ihrer Meinung nach ein deutsches entwicklungspolitisches Urbanisierungskonzept aussehen? Welche Erfahrungen gibt es in Entwicklungs- und Schwellenländern mit dem Modell der deutschen kommunalen Stadtentwicklung?
- Wie kann die Rechtssicherheit vor dem Hintergrund der Urbanisierung verbessert werden, und welche Rolle spielen dabei der Kataster-Aufbau und die Stärkung der Land- und Eigentumsrechte? Welche positiven Beispiele gibt es? Welche Wechselwirkungen zwischen Rechtssicherheit, „Good Governance“ und Korruptionsbekämpfung sind zu beachten, und welchen Einfluss kann die Stadtplanung diesbezüglich nehmen? Welche Rolle muss die Dezentralisierung für schnell wachsende Städte und „Megacities“ spielen? Welche positiven Beispiele gibt es für Slumsanierung? Welche Formen partizipativer Stadtentwicklung gibt es in Ländern des globalen Südens, etwa im Bereich Bürgerhaushalt oder kommunale Selbstverwaltung, und welche wären zu fördern? Welche Erfahrungen und Ansätze gibt es zu Fortentwicklung des Kulturraums Stadt?
- Welche Erfahrungen gibt es in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Konzepten „Smart City“ und „Transition Town“? Gibt es „Megacities“ bzw. Städte auf dem Weg dorthin, die sich zur „Transition Town“ entwickeln oder den Prozess bereits durchlaufen haben?



- Welche Zeitrahmen und Prognosen (Kataster, GIS-Datengrundlagen?) sind bisher und zukünftig handlungsleitend? Ist die Datenbasis ausreichend vorhanden?

Sachverständige:

Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Universität Dortmund, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Dortmund

Organisatorisches:

Zeit für das allgemeine Eingangsstatement: 12 - 15 Minuten

Zeit für die Ausführungen der Sachverständigen in den Blöcken 1 und 2: 5 - 7 Minuten.

Positionspapiere der Sachverständigen sowie von weiteren Organisationen und Verbänden zur Vorabinformation der Ausschussmitglieder sind erwünscht.

Es werden vorab Stellungnahmen vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angefragt, und diese werden gemeinsam mit den Papieren der Sachverständigen auf die Homepage des Ausschusses gestellt.

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Die **Vorsitzende:** Ich begrüße alle ganz herzlich zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung zum Thema „Urbanisierung“. Ich begrüße auch Kolleginnen und Kollegen aus den anderen eingeladenen Ausschüssen und natürlich unsere Experten. Da ist zunächst Herr George Deikun, Leiter des Verbindungsbüros von UN-Habitat in Genf, der ein Einführungsstatement als Überblick über den gesamten Themenkomplex geben wird. Das geschieht

sicherlich auch vor dem Hintergrund der zurückliegenden Konferenzen der Vereinten Nationen und auch für die kommenden Treffen Habitat III und IV. Im darauf folgenden ersten Block stehen Herr Prof. Dr. Christian Schmid, Titularprofessor am Departement Architektur an der Eidgenössisch Technischen Hochschule (ETH) in Zürich, und Herr Prof. Dr. Albert Friedrich Speer jun., emeritierter Professor und Dekan des Fachbereiches Raum und Umweltplanung an der Universität Kaiserslautern und Gründer des Büros Albert Speer & Partner in Frankfurt zur Verfügung. Im zweiten Block haben wir dann Frau Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn, und Herrn Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert vom Lehrstuhl für International Planning Studies (IPS) der Universität Dortmund. Ihre schriftlichen Stellungnahmen sind den Kolleginnen und Kollegen zugegangen und können auch auf der Homepage des Deutschen Bundestages nachgelesen werden. Zu dem Themenschwerpunkt gibt es außerdem eine Stellungnahmen des BMZ in Zusammenarbeit mit der GIZ und der KfW. Ein herzliches Willkommen auch an die Zuschauer oben auf der Tribüne; ich hoffe, dass die Anhörung Ihre Erwartungen erfüllen wird.

Ich möchte einige einleitende Anmerkungen machen. Ich komme, wie die Kollegin Gabriela Heinrich, aus der ehemals Freien Reichsstadt Nürnberg, die eine lange Geschichte hat. Ich habe vor kurzem ein Buch über das Mittelalter in unserer Stadt gelesen, und dort hat es geheißen „Stadtluft macht frei!“. Das ist damals mehr als ein Rechtsprinzip gewesen. Wenn man die mittelalterlichen Städte sieht und wie sie aufgeblüht sind, ist das ein Leitbild für die neue Zeit gewesen, der geistigen Aufklärung, des wirtschaftlichen Wachstums, des technologischen Fortschritt und vor allem des Aufbruchs der bürgerlichen Mitte. Die Stadt ist damals als Lebensform begriffen worden. Bei den Entwicklungsländern ist es heute so, dass die großen Städte ein Magnet sind für viele Menschen, die vom Land in diese Städte strömen. Wir kennen alle Lagos, wo die jungen Menschen hingehen mit der riesigen Hoffnung, dort Arbeit und Lebensperspektive zu finden, die sie meistens im ländlichen Bereich nicht haben. Sie wollen einfach Perspektiven für eine bessere Zukunft haben, und dann kommt die große Enttäuschung, dass diese nicht gegeben ist.



Es gibt nämlich keine Arbeit, es gibt keine Aufstiegsmöglichkeiten und keine Perspektiven. Die Menschen leben oft am Rande der Gesellschaft und die Städte werden nicht erweitert als Städte, sondern es entstehen vielmehr sehr große Slums. Deswegen stellen sich heute insbesondere die Fragen, wo die Städte der Zukunft sind und ob es Mega-Cities des Wohlstands sein werden oder ob an der Peripherie in erster Linie eine Verslumung stattfindet. Wir als Parlamentarier sind gefordert, eine vorsorgende Politik zu machen. Wir müssen den Ausgleich schaffen zwischen der Peripherie und den ländlichen Regionen, aber auch zwischen der Entwicklung zwischen Land und Urbanisierung. Es wird wichtig sein, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Es ist sicherlich auch eine Chance, Antworten auf die Herausforderungen der Urbanisierung zu finden, und ich hoffe, dass wir am Ende der heutigen Anhörung ein wenig klüger sind. Kurz noch zum Verfahren. Herr Deikun wird jetzt 15 Minuten einleitend sprechen, dann folgt Themenblock 1 „Gesellschaftliche, soziale und politische Aspekte der Urbanisierung“ und dann Themenblock 2 „Technische, planerische und rechtliche Aspekte der Urbanisierung“. Die Experten werden ihre Eingangsstatements von fünf bis sieben Minuten vornehmen. Ich bitte Sie, diese nicht länger zu halten, zumal auch im Laufe der Frageunden noch viel beantwortet werden kann. Jede Fraktion bestimmt ihre Redner, und wir haben eine Redezeit von zwei Minuten festgelegt. Es werden zwei Runden stattfinden. Ich gebe jetzt also Ihnen, Herr Deikun, das Wort.

George Deikun, Direktor UN-Habitat Liaison Office Genf, Schweiz: Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für die Gelegenheit, hier zu Ihnen über UN-Habitat zu sprechen und wie wir die Herausforderungen der nachhaltigen Urbanisierung sehen. Vor allem im Kontext der bevorstehenden Habitat III-Konferenz im Jahr 2016 ist das wichtig. Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, Ihnen in Berlin zu gratulieren zum 25. Jahrestag des Mauerfalls, der ein sehr entscheidender Moment gewesen ist. Lassen Sie mich beginnen, in dem ich etwas über die neue Urban-Agenda von UN-Habitat mit einigen der Charakteristika der urbanen Herausforderungen sage. Ich möchte Sie nicht mit Statistiken langweilen, da sie Ihnen bekannt sind. Ich möchte nur sagen, dass wir für das Jahr 2030 davon ausgehen können, dass 60 Prozent der Weltbevölkerung

dann in Städten leben wird, und bis 2050 wird diese Zahl auf 70 Prozent ansteigen. Signifikant ist, dass die Urbanisierung nicht nur ein räumliches oder demographisches Phänomen ist, sondern dass sie immer auch Triebkraft für Entwicklung ist. Kein Land hat je wirtschaftliches Wachstum und Geschlechtergleichheit erreicht ohne Urbanisierung. Der Übergang vom Least Developed Country (LDC) zum Land mit mittlerem Einkommen geht fast immer einher mit dem Übergang zu einer überwiegend urbanen Wirtschaft. Bemerkenswert ist, dass das Wachstum in den nächsten Jahrzehnten vor allem in den weniger entwickelten Ländern stattfinden wird. 90 bis 95 Prozent des Wachstums werden in Subsahara-Afrika oder in den entsprechenden asiatischen Staaten stattfinden. Der größte Teil dieses Wachstums wird in kleinen und mittelgroßen Städten stattfinden und nicht unbedingt in den Megastädten. Sie hatten gesagt, Frau Vorsitzende, dass man den Ausgleich finden müsse zwischen städtischer und ländlicher Entwicklung. Es bestehen häufig komplizierte Interaktionen zwischen den großen Städten und den ländlichen Gegenden. In den Städten geht es um Arbeit und den Zugang zu Dienstleistungen, während in ländlichen Gegenden Nahrungsmittel angebaut werden. Das Dilemma ist, dass das urbane Wachstum in Subsahara-Afrika und Asien nicht gemanagt wird, und das führt dann zu großen Slums und informellen Siedlungen. Wir erwarten, dass ein Drittel der Menschen in den Städten weiterhin in diesen Slums leben wird. Für 2050 heißt das, dass fast zwei Milliarden Menschen in Slums leben. Wenn es um die Bekämpfung von Armut geht, dann wird es nach den jetzigen Trends nicht gelingen, diese so zu bekämpfen, wie wir es uns wünschen. Wenn man aber Urbanisierung gut managt, dann kann man hervorragende Ziele erreichen. Es geht um drei thematische Bereiche, die den Dialog über die nachhaltigen Ziele untermauern. So erfordert eine sozial nachhaltige Entwicklung, dass man die Grundbedürfnisse der armen Menschen in den Städten erfüllt, vor allem der Menschen in den Slums. Global ist die Armut zwar verringert worden, aber in den Städten ist das immer noch eine große Herausforderung, und kritisch sind hier immer größere Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten. Entscheidend ist der Zugang zur Wasserversorgung und Wasserentsorgung, zu öffentlichem Nahverkehr und zu vernünftigem Wohnraum. Für



eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung müssen wir anerkennen, dass Städte einen großen Beitrag leisten zum Wirtschaftswachstum eines Landes. Es wird zu 55 Prozent in den LDCs und zu 85 Prozent in den Industrieländern wie Deutschland, Großbritannien oder den USA Wirtschaftswachstum generiert. Die Städte spielen deshalb diese Rolle, weil aufgrund der Nähe von Produktionsfaktoren gefördert wird und Wissen und Innovationen ausgetauscht werden. Jugendarbeitslosigkeit in den Städten stellt heutzutage eine der größten Herausforderungen dar. Die rationale Entwicklung von Städten muss priorisiert werden, damit das volle Potential ausgeschöpft werden kann für diese ökonomische Entwicklung. Im Hinblick auf die ökologisch nachhaltige Entwicklung wissen wir, dass die Städte aktuell über 70 Prozent der Treibhausgase verursachen. Aber wenn die Planung gut ist, dann können die Emissionen dramatisch reduziert werden. Wichtig ist hierbei eine innovative Planung, damit die Urbanisierung konzentriert werden kann. Die Auswucherung der Städte muss verhindert werden, und man braucht neue Transportmittel, um weniger von privaten Fahrzeugen abhängig zu sein. Da gilt auch für effizientere Gebäude und städtische Beleuchtung sowie für effektive Finanzierung und allgemeine staatliche Strukturen. Bei dem Umgang mit dem Thema „Urbanisierung und Städte“ bleibt noch sehr viel zu tun auf der nachhaltigen Entwicklungsagenda. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, denn es muss anerkannt werden, dass Urbanisierung eine Entwicklungspriorität ist, weil sie einen Weg aus der Armut darstellen kann. Die Priorisierung der städtischen Entwicklung wurde beim Schlussdokument von Rio+20 anerkannt. Damals wurde sehr viel darüber gesprochen, dass die künftige Entwicklung in den Städten stattfinden muss. Die Diskussion über die SDGs geht soweit, dass ein Ziel Nummer 11 formuliert werden soll, demzufolge Städte und menschliche Siedlungen sicher, tragfähig und nachhaltig gestaltet sein sollen. Die UN-Habitat III-Konferenz 2016 gibt uns eine neue Chance, unser Augenmerk auf die Urbanisierung und alles, was damit zusammenhängt, zu richten. UN-Habitat hat 40 Jahre am UN-Mandat für die nachhaltige Urbanisierung gearbeitet, und auf dieser Grundlage haben wir eine Agenda formuliert mit neun Punkten für die urbane Transformation, und dabei wollen wir alle Menschen einbeziehen.

Diese neun Punkte sind: 1. Die Entwicklungen müssen durch nationale städtische Politik umgesetzt werden. Die Politik und die Budgets sind derzeit sektoral. Eine nationale Politik muss aber Anreize schaffen, um Wachstum und Verantwortlichkeiten zu verteilen. Es muss verschiedene Ebenen der Regierung geben, und die Städte müssen hierbei gestärkt werden. 2. Die städtische Gesetzgebung und Governance müssen stärker und besser werden, damit es mehr Gleichheit und Gerechtigkeit in den Städten gibt. Die staatlichen Strukturen sollten einen partizipativen Ansatz ermöglichen, der die Städte stärker mit einbezieht. 3. Die Wirtschaft in den Städten muss gestärkt werden. Es müssen Chancen geschaffen werden für alle Teile der Bevölkerung. Es müssen Strategien für den Nahverkehr, Gewerbegebiete usw. entwickelt werden. Das nationale Investitionsklima und die Wettbewerbsfähigkeit der Städte muss ebenfalls verbessert werden. 4. Die verstärkte Finanzierung auf kommunaler Ebene muss rationalisiert werden. Da müssen Verantwortlichkeiten zugewiesen werden, und es muss ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden zwischen den Ebenen der staatlichen Verwaltung. Es sollte eine Politik der Umverteilung in Erwägung gezogen werden, um Lücken zu schließen und den Armen zu helfen. Die Kreditwürdigkeit auf kommunaler Ebene muss verbessert werden, damit diese sich stärker um sich selber kümmern kann. 5. Bei der Raumplanung und dem Design von Städten müssen bessere Funktionalitäten gegeben sein. Eine kompaktere Städteverdichtung, wo das passt, muss umgesetzt werden. Die Verringerung von Treibhausgasen und die Verbesserung von sozialer Diversität sind ebenfalls wichtige Punkte. Ein anderer wichtiger Teil ist die bessere Konnektivität innerhalb der Städte, also Verkehr, Telekommunikation und allgemeine Infrastruktur. Gleichzeitig ist Resilienz ein wichtiges Gebiet. Naturkatastrophen und Wetterextreme stellen eine Gefahr dar. Hier muss etwas getan werden, denn die meisten Menschen leben in Küstenstädten, die niedrig gelegen und somit sehr anfällig sind für extreme Wetterereignisse. 6.) Die Bereitstellung des allgemeinen Zugangs zu hochwertigen, grundlegenden staatlichen Dienstleistungen, wobei auch der Genderaspekt eine Rolle spielen muss, sollte gewährleistet sein. Es muss investiert werden, vor allem in die Armen, und deshalb ist die Slumsanierung hier wichtig. 7.) Eine Priorität muss auch



vernünftiger Wohnraum für alle Einkommensgruppen sein. Die Schaffung von Wohnraum ist eine Säule für eine nachhaltige urbane Entwicklung, und sie ist wichtig für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung. Die Landrechte und die Rechte an Grund und Boden müssen für alle gesichert werden. Dazu gehört die sichere Finanzierung für bezahlbaren Wohnraum. 8.) Die Gleichstellung und mehr Rechte und Stärkung der Frauen, also Gender-Mainstreaming, ist in allen Bereichen des Lebens wichtig. Das gilt beim öffentlichen Wohnraum ebenso wie beim Verkehr oder der Beleuchtung der Städte. So kann die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben gewährleistet werden. 9.) Kultur muss im Zentrum der urbanen Entwicklung stehen, denn das stärkt den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft. Es geht hier nämlich um die Identität der Gesellschaft. Ein kulturelles Bewusstsein ist insgesamt positiv und schafft ein stärkeres Bewusstsein für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Um die Prinzipien für die urbane Transformation kurz zusammenzufassen: Es geht letztlich um den Schutz von Menschenrechten; das ist die Grundlage von allem. Es geht um inklusives urbanes Wachstum, um Gleichheit und Gleichstellung. Es geht um die Einbeziehung aller Ebenen der staatlichen Verwaltung, und es geht um die Förderung demokratischer Partizipation. Man muss sich die ganzen Aspekte „Grüner Städte“ anschauen, und da gehört Innovation und Kapazitätsaufbau dazu. Wo die Vereinten Nationen beteiligt sind, benötigt man einen einheitlichen VN-Ansatz für die nachhaltige Urbanisierung. Dabei möchte ich es zunächst belassen.

Die **Vorsitzende**: Ich komme zu unserem ersten Themenblock und bitte zuerst Herrn Prof. Dr. Christian Schmid und anschließend Herrn Prof. Dr. Speer ums Wort.

Prof. Dr. Christian Schmid, Titularprofessor Departement Architektur an der ETH Zürich, Schweiz: Zuallererst möchte ich auf die Frage eingehen, was eigentlich Urbanisierung heißt. Man muss sich hierbei im Klaren sein, dass es nicht einfach um das Wachstum von Städten geht, sondern Urbanisierung ist eigentlich das Resultat einer forcierten Industrialisierung, und sie kann viele verschiedene Formen annehmen. Auf der einen Seite bedeutet es Konzentrationsprozesse, und auf der

anderen Seite heißt es Ausdehnungsprozesse. Wir gehen oft noch davon aus, dass es Stadt und Land gibt. Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass das Land sich immer mehr rapide urbanisiert und ländliche Gebiete auch von Urbanisierungsprozessen betroffen sind. Wir nennen das auf Englisch „Extended Urbanisation“. Urbanisierung hat also ganz viele unterschiedliche Gesichter. Eines davon sind die Mega-Cities, die hier im Vordergrund stehen. Mein Vorredner hat zu Recht schon gesagt, dass das nur eine Form der Urbanisierung ist, die unsere heutige Welt prägt. Wenn wir auf diese Mega-Cities eingehen, dann haben ganz spezifische Bedingungen zu diesen Gebilden geführt. Wenn wir über Urbanisierung sprechen, dann sollten wir nicht zu früh verallgemeinern. Es handelt sich um spezifische Situationen, und entsprechende Lösungsansätze müssen auf diesen ganz spezifischen Kontext reagieren. Das ist der ganz große Fehler bei vielen Konzepten, dass man umfassende generelle Konzepte aufstellt, die dann aber nicht auf die konkreten Situationen zutreffen. Mega-Cities sind hochdynamisch, und es fällt vor allem auf, dass eine unglaubliche Zahl von Menschen in kurzer Zeit hineinwandern und diese Städte sich in einen rasanten Wandel befinden. Wenn wir also eine Stadt, wie zum Beispiel Lagos, besuchen, dann denken wir, wir kennen diese Stadt, aber wenn wir drei Jahre später wieder dorthin gehen, dann ist das eine völlig andere Stadt. Das ist eine Erfahrung, die ich selbst und viele meiner Kolleginnen und Kollegen machen konnten. Was heißt das jetzt für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Das heißt, dass gerade die einkommensschwachen, also die armen Bevölkerungsgruppen am stärksten von diesem Wandel betroffen sind, weil sie ihn nicht beeinflussen können und sich gleichzeitig viele dieser Gebiete so radikal ändern, dass die armen Bevölkerungsgruppen aus ihren Gebieten verdrängt werden. Das geschieht viel häufiger, als wir uns das bewusst machen. Das passiert in den zentralen, sehr begehrten Lagen, zumal gerade viele dieser Städte Global-Cities werden möchten, wie Mumbai aber auch Lagos, und dort baut man dann große Projekte, aber man hat gleichzeitig die Forderung, dass die Gegend „slumfrei“ sein soll. Das wird aber nicht mit irgendwelchen Aufwertungsprogrammen versucht, sondern indem die Leute aus diesen Innenstadtgebieten verdrängt werden und man sie sozusagen an die Ränder deportiert. Man verlegt große Infrastrukturprojekte in diese Städte. Dieses



Phänomen passiert auch durch die enorm wachsenden Mittelklassen, die natürlich ihre Ansprüche haben und gerne in zentralen Lagen wohnen wollen. Der Druck auf diese Gebiete ist also enorm. Jetzt kann man denken, dass sich diese Gruppen dann neu ansiedeln, aber dann müssen wir uns auch bewusst sein, dass die Ränder heute eben auch sehr begehrte Lagen sind. Wir haben dafür den Begriff „Bypass Urbanism“ geprägt, weil wir gesehen haben, dass es Städte gibt, wo ganz neue Städte an den Rändern gebaut wurden und damit die alten Städte, diese konterminierten Dichten und chaotischen Bebauungen, links liegen gelassen worden sind und neue Stadtgebiete gebaut wurden, oft in der Nähe von Flughäfen. Das heißt dann konkret, dass die wenig privilegierten Bevölkerungsgruppen gewissermaßen in dieser Dynamik zerrieben werden. Wenn wir konkrete Maßnahmen diskutieren wollen, dann muss man sicherstellen, dass die Leute überhaupt in ihren Quartieren bleiben können, also Landrechte vergeben. Dann kann man sie nicht einfach aus ihren Quartieren vertreiben, egal ob das im Zentrum oder am Rand dieser großen Agglomerationen ist. Ohne diesen ersten Aspekt haben sämtliche weiteren Entwicklungsmaßnahmen überhaupt keinen Sinn, weil man dann investiert und Initiativen macht, aber die Leute sind vertrieben worden. Der zweite wichtige Punkt ist, dass es einen lokalen Staat gibt, der wenigstens die Minimalinfrastruktur garantieren kann. Das ist eine Forderung, die von vielen Organisationen immer wieder aufgestellt wird. Ich komme jetzt noch auf einen dritten Punkt, der mir besonders am Herzen liegt. Das ist die Stärkung der Selbstorganisationskräfte der Bewohnerinnen und Bewohner dieser armen Quartiere. Die historische Entwicklung der großen Städte basiert auf Selbstinitiative. Da ist der Selbstbau, wie zum Beispiel in Mexiko City, oder die Selbstorganisation, wie bei den berühmten Gecekondular-Quartieren in Istanbul, und wenn diese Gebiete Gelegenheit haben, sich zu entwickeln, dann entstehen nicht einfach Slums, sondern Gebiete mit schwierigen Bedingungen für eine bestimmte Zeit, denn diese Gebiete können sich konsolidieren, und dann können daraus sehr eindrucksvolle nachhaltige und widerstandsfähige Stadtteile werden. Sie können nämlich sehr flexibel auf die Bedürfnisse ihrer Bewohnerinnen und Bewohner reagieren, weil diese sie selbst gebaut oder organisiert haben, und entsprechend können sie dann angepasst und umgebaut

werden. Andererseits werden staatliche Programme umgesetzt und fertige, teilweise Styroporhäuschen hingestellt oder große Wohnblocks errichtet, die nach kurzer Zeit schon wieder zerfallen und zu Altlasten werden. Es geht nicht nur ums Wohnen, sondern es geht auch um Leben in diesen Quartieren, und das hängt wesentlich davon ab, dass die Leute die Möglichkeit haben, sich eine eigene Existenz zu schaffen, Werkstätten zu errichten, Läden einzurichten und somit selber Jobs schaffen können. Das ist keine Illusion, sondern Realität. Wenn wir uns verschiedene solcher Gebiete anschauen, dann sehen wir, dass sich die Leute gerade bei den längerfristig entwickelten Projekten ihr eigenes Lebensumfeld schaffen konnten. Auf diesen Erfahrungen sollte man aufbauen, und man sollte die Selbstorganisation und Selbsthilfe stärken und den Aufbau einer Alltagswelt ermöglichen. Ich habe gesagt, dass Mega-Cities Spezialfälle sind, und George Deikun hat bereits erwähnt, dass das große Wachstum in kleinen und mittelgroßen Städten erfolgt. Da gibt es sehr viele Möglichkeiten, wie man hier nachhaltig eingreifen kann. Wie sollten also auf keinen Fall die kleinen und mittelgroßen Städte vergessen, die ein sehr großes Potential, gerade für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, bieten.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Herr Prof. Dr. Speer, bitte.

Prof. Dr. Albert Friedrich Speer jun., emeritierter Professor und Dekan des Fachbereiches Raum und Umweltplanung, Universität Kaiserslautern und Gründer des Büros Albert Speer & Partner, Frankfurt: Alles, was bislang gesagt worden ist, und das Programm von UN-Habitat muss man als äußerst positiv betrachten. Aber es ist ein Wunschkatalog, es ist eine Zusammenfassung all dessen, was wir uns vorstellen können. Ich bin seit über 40 Jahren in Entwicklungsländern tätig, und ich erlebe dort die Realität, und diese ist eine ganz andere. Die Realität ist nämlich, dass die Frage, wem der Grund und Boden gehört und wer darauf bauen darf, in vielen Ländern überhaupt nicht gelöst ist. Mittelstädte in China, von denen hier die Rede war, haben inzwischen zwei Millionen Einwohner. China ist sicherlich ein eigenes Thema. Ich bin der Überzeugung, dass wir mehr Anstrengungen unternehmen müssen, auch aus deutscher Sicht, damit bei Planungen die Beeinflussung lokaler Politik mehr



an Bedeutung gewinnt. Stadtplanung hat in Entwicklungsländern keinen Stellenwert. Nicht umsonst sind in vielen dieser Länder die Ministerien, die sich mit Stadtentwicklung beschäftigen, die schwächsten in der ganzen Ministeriumskette. Das Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsministerium haben alle sehr viel mehr zu sagen. Ich meine auch, dass allgemeine Aussagen den Kern der Probleme nicht treffen können. Die Welt ist nicht gleich, und Städte können nicht ähnlich oder gleich gesehen werden. Ich glaube, es ist viel wichtiger, dass wir uns mit den kulturellen, klimatischen, wirtschaftlichen, religiösen und historischen Strukturen in den unterschiedlichen Weltregionen beschäftigen und dann spezifische Lösungen finden. Indien und China werden in zehn Jahren 45 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Wenn Sie alleine diese beiden Länder vergleichen, werden Sie feststellen, dass sie nicht vergleichbar sind. Die Lösungen, die wir auch aus deutscher Sicht anbieten können oder anbieten sollten, sollten dabei nicht deutsche Hightech, sondern deutsche Lowtech sein. Gleichzeitig sollten wir mehr Rücksicht auf die Geschichte und die kulturellen Strukturen dieser Länder nehmen. Aus deutscher und europäischer Sicht ist sehr viel mehr Bescheidenheit angesagt, und es ist notwendig, dass wir uns wirklich mit den entsprechenden Kulturen auseinandersetzen. Da kann man dann auch nicht vom arabischen Raum sprechen, denn Saudi Arabien ist etwas völlig anderes als Katar. Des Weiteren bin ich der Überzeugung, dass alle diese Länder mit unterschiedlichen Schwergewichten zu stark über die zentralen Institutionen der jeweiligen Hauptstadt gelenkt werden. Wir müssen erreichen, dass mehr Verantwortung in die Regionen geht, und man näher an den Bürgern dran ist. Investitionen sollten nicht nur mit der Zentralregierung verhandelt werden, sondern mit allen beteiligten Institutionen. Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht mit einem Masterplan für Alexandria, an dem wir immer noch arbeiten. Sämtliche Stakeholder, also die Bürger, die Universitätsprofessoren und die Kaufmannschaft sind von Anfang an mit in die Diskussion einbezogen worden, und das funktioniert. Ähnliches haben wir erstmals in Saudi Arabien versucht und dort eine Bürgerbeteiligung organisiert, mit großer Resonanz. Selbst Frauen waren zugelassen, wenn auch hinter einem Vorhang versteckt. Der Anreiz dafür war, dass es am Ende ein Lamm zu essen gab. Ich glaube, wir müssen sehr

viel mehr vor Ort sein, und wir müssen vor allen Dingen die Ausbildung des Personals fördern. Wenn wir das tun, dann gelingt es, mehr Stadtqualität in den unterschiedlichsten Niveaus und in den unterschiedlichsten Städten zu erreichen. Für die arabische Welt gilt außerdem, dass ungeheuer viel gebaut wird, aber es auch ganz schnell wieder kaputt geht. Das erleben wir in Kairo und in vielen anderen Städten. Sie haben den Satz geprägt: „Maintenance is not Part of our Culture.“, aber ich bin der Meinung, dass da ein Riesenarbeitsfeld besteht. Wenn wir uns bei der „Urban Transformation“ auch mit dem jeweiligen Bestand beschäftigen und nicht nur daran denken, nach außen zu wachsen, dann haben wir eine Chance, jedenfalls punktuell, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

Die Vorsitzende: Wir kommen damit zur ersten Fragerunde. Als erstes hat sich Frau Roth gemeldet. Bitte benennen Sie immer gleich, an wen die Frage gerichtet ist.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich freue mich, dass die Anhörung stattfindet. Meine erste Frage richtet sich an den Vertreter von UN-Habitat. Sie sprechen von 2016. Welche Rolle spielt denn UN-Habitat im Jahr 2015, weil die ganzen Themen bei den großen Gipfeln im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen, und die sind unmittelbar miteinander verknüpft. Beim Gipfel in Addis Abeba geht es um die Finanzierung in den Entwicklungsländern, und dann kommt die große VN-Konferenz zu den SDGs, wo Habitat eigentlich eine zentrale Rolle spielen müsste, und schließlich wird es Ende 2015 noch die Klimakonferenz in Paris geben, die hoffentlich nicht scheitert. Welche Rolle spielt UN-Habitat in diesem Bereich? Die zweite Frage richtet sich an Herrn Schmid und Herrn Speer. Welchen Stellenwert hat die Stadtplanung bei uns? Herr Speer, Sie haben gesagt, dass sie in den Entwicklungsländern nicht wirklich wichtig sei, aber sind wir denn nicht auch ein Entwicklungsland in dieser Frage, wenn es zum Beispiel um Urbanisierung und Klimawandel geht. Die Städte sind Treiber, aber sie sind auch Opfer des Klimawandels. Wie können wir das umdrehen, dass von den Städten tatsächlich eine nachhaltige Entwicklung ausgeht? Wie wäre es, wenn wir an den alten Agenda-Prozess anknüpfen.



Immerhin fallen Dreiviertel des globalen Endenergieverbrauchs oder der Energienachfrage in den Städten an, also 70 Prozent der CO₂-Emissionen. Die Stadt ist der zentrale Ort, um dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen. Schließlich ist von Herrn Schmid ebenso wie von Herrn Speer der Aspekt Demokratie angesprochen worden. Wir wollen immer, dass Demokratie Glanz hat. Aber wenn es Entwicklungen gibt, wo informelle Strukturen Realität sind und in den Städten somit Millionen von Menschen keine Rechte, keine Bürgerrechte, kein Wahlrecht und keine Teilhabe haben, dann verkümmert Demokratie doch. Wir können hier viel von Demokratie reden, wenn sie dort nicht gelebt wird. Bei unseren Maßnahmen muss es nicht nur um Teilhabe gehen, sondern auch um Förderung von Demokratie hin zu friedlichen und politischen Perspektiven.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Meine erste Frage geht an Sie, Herr Deikun. Spielen bei den Überlegungen, auch im Hinblick auf den SDG-Prozess, Flüchtlingsstädte eine Rolle? Ist das ein spezifischer Teil von Organisation von Städten. Dann hätte ich eine Frage an beide Sachverständige. Wenn Sie Städte erwähnen, wenn Sie Selbstorganisation von solchen Städten erwähnen, wenn Sie positive Aspekte erwähnen, dann sind das immer Städte, die sich entweder im asiatischen Raum, in Südamerika oder in Europa befinden. Afrika kommt dabei nicht vor. Ist Afrika überhaupt Teil der Forschung und der Betrachtung? Für uns ist ein ganz wichtiger Aspekt, und dort wollen wir gerne helfen, der Schutz der Menschenrechte, die Stärkung der Demokratie und insgesamt der Kampf gegen die Armut. Eine Frage habe ich zu den Selbstorganisationskräften der Bewohner der Elendsviertel, den sogenannten Slum-Dwellers. Wo gibt es da tatsächlich Ansatzpunkte in kleinen und mittleren Zentren, denn wir sind gar nicht so sehr auf die Megastädte fokussiert. Uns ist durchaus klar, dass die kleineren und mittleren Städte Motor sind für die Entwicklung. Da interessiert mich das Zusammenspiel zwischen der Versorgung des Umlands und der Städte. Ich möchte gerne mehr dazu wissen, wie die Selbstorganisation funktioniert. Sie sprachen das Thema Wohnraum an. Gibt es so etwas wie einen Genossenschaftsgedanken? Es ist klar, dass die Land- bzw. Grundstücksrechte ge-

klärt werden müssen. Sind solche Genossenschaftsansätze nicht Möglichkeiten, über die man nachdenken sollte?

Abg. **Heike Hänsel** (DIE LINKE.): Die erste Frage geht an Herrn Deikun. Sie haben gesagt, dass wir für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der Städte sorgen müssen. Mich interessiert, was Sie darunter verstehen. Es wäre schön, wenn Sie das ein wenig ausführen könnten. Das ist nämlich ein Schlagwort, aber welches Konzept verstehen Sie darunter, denn Sie sagen auch gleich im nächsten Satz Ihres Papiers, dass dazu soziale Umverteilung nötig ist. Vielleicht können Sie zu diesem Spannungsfeld noch ein paar Sätze sagen. Generell interessiert mich, wie UN-Habitat konkret arbeitet. Veröffentlichen Sie diese Forderungen, oder arbeiten sie auf dieser Grundlage dann konkret mit Ländern zusammen? Wie findet Ihre Arbeit konkret statt? Dann noch eine Frage zu den sozialen und politischen Aspekten. Landrechte und Landtitel sind in der Tat ein sehr großes Problem. Oft gibt es nicht einmal ein Katasteramt, und so wurde das Land überhaupt nicht erfasst. In vielen Ländern erleben wir Vertreibungen in Millionengröße. Das gilt für Lateinamerika, aber auch in manchen asiatischen Ländern. Welche Vorschläge haben Sie da? Braucht man bei internationalen Initiativen nicht zunächst ein Kataster oder überhaupt die Erfassung von Land? Also, was braucht man an dieser Stelle? Dann haben Sie von diesem „Bypass Urbanism“ gesprochen. Wir haben das in Mexiko erlebt, als wir uns ein Entwicklungsprojekt mit deutscher EZ-Beteiligung angeschaut haben. Dort ist, 25 Kilometer außerhalb von Mexiko-Stadt, eine neue nachhaltige Siedlung entstanden. Aber das ist eigentlich ein klassisches Mittelstandsprojekt gewesen, und ich frage mich, ob diese Form der Unterstützung Ihrer Meinung nach einen Entwicklungseffekt hat oder ob das eher kontraproduktiv wirken kann. Welche konkreten Empfehlungen haben Sie außerdem? Eine letzte Frage ganz kurz: Privatisierung ist auch ein großes Problem. Ich weiß nicht, ob Sie das Projekt Belgrad Waterfront kennen. Vielleicht können Sie ein paar Sätze dazu sagen.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU): Meine erste Frage geht an Herrn Deikun. Herr Prof. Dr. Speer hat die Arbeit von UN-Habitat als Wunschkatalog beschrieben. Wie würden Sie diesen Prozess von 40



Jahren selber beschreiben? War er dynamisch genug, um der Entwicklung bei der Urbanisierung am Ende angemessen zu begegnen? Sind da nicht viel mehr Dynamisierung oder Individualisierung notwendig? Dann möchte ich gerne Herrn Prof. Dr. Schmid fragen, ob der hochdynamische Prozess und der Bevölkerungsentwicklungsgedanke in diesen Mega-Cities eher auf die Geburten innerhalb der Städte oder auf den Zuzug aus den ländlichen Regionen zurückzuführen ist. Welchen Anteil können oder müssen wir als westliche Welt an Fluchtbewegungen aus den Mega-Cities und aus den Slums erwarten? Ist das die erste und größte Quelle, der wir uns stellen müssen, wenn wir Fluchtursachen bekämpfen wollen? Müssen wir also eher in den Mega-Cities tätig werden, oder müssen wir mehr auf dem Land und in der ländlichen Region Unterstützung leisten? Dann habe ich noch eine Frage zu den Großprojekten, die Verdrängungsprozesse auslösen. Wo kommt denn da die Finanzierung her? Sind das die politischen Eliten, die sich mit solchen Projekten verewigen wollen. Spielen dabei private Investoren oder korrupte Systeme eine Rolle? Noch eine Frage an Herrn Prof. Dr. Speer: Die SDG-Konferenzen, die jetzt laufen und bereits von Frau Roth beschrieben worden sind, sollen in einem Ziel auch dieses Thema aufgreifen. Wie würden Sie ein globales Ziel zur Urbanisierung formulieren, wenn Sie die dazu Möglichkeit hätten?

Die **Vorsitzende**: Ich schließe damit die erste Fragerunde. Ich würde mit Herrn Deikun anfangen, dann Herr Prof. Dr. Schmid und schließlich Herrn Prof. Dr. Speer. Die Antworten sollten nicht länger als fünf Minuten sein.

George Deikun, Direktor UN-Habitat Liaison Office Genf, Schweiz: In fünf Minuten sechs Fragen zu beantworten, wird schwierig, zumal das allesamt sehr gute Fragen sind. Zur Rolle von UN-Habitat 2015: Wir beteiligen uns aktiv an den Foren, die Sie erwähnt haben. Beim Klimagipfel in Paris wollen wir bei den Reduzierungen der Treibhausgasemission und -konzentration mitarbeiten und auch daran, welche Auswirkungen das hat. Wir wollen uns bemühen, dass der Verkehr weniger emissionsintensiv ist, denn bei Verkehr, Haus und Wohnungen fallen immerhin mehr als 50 Prozent der Treibhausgase an. Es gibt verschiedene Pro-

gramme, die sich mit diesem Themenkreis beschäftigen, und wir wollen das weiter hervorheben. Auch die Zersiedlung ist ein wichtiges Thema, weil es ein Merkmal der Urbanisierung ist. Wir müssen uns im Zusammenhang mit dem Klimawandel auch mit diesen Problemen beschäftigen. Bei den SDGs sind wir ebenfalls aktiv beteiligt. Wir arbeiten mit den Mitgliedstaaten daran, die Ziele zu formulieren, zum Beispiel das Ziel 11 zu widerstandsfähigen und stabilen Städten. Es ist ein wichtiger Erfolg, den wir erzielt haben, dass das ein prioritäres Ziel geworden ist und die Länder dies auch zu einem solchen prioritären Bereich zählen. Beim Thema Flüchtlinge sind wir ebenfalls aktiv beteiligt. Es gibt regionale Krisen wie in Jordanien und im Libanon, und wir versuchen festzustellen, wie wir hier Wohnungsprojekte fördern können. 90 Prozent der Menschen leben dort in Städten. Es gibt eine positive Auswirkung auf deren Struktur, aber gleichzeitig müssen diese Städte eben auch Flüchtlinge aufnehmen. Das ist Teil der VN-Strategie, dass man die Flüchtlinge dort in die Region einbindet. Bei der Wettbewerbsfähigkeit der Städte versuchen wir, die Attraktivität und die Möglichkeiten für Investitionen zu verbessern. Dazu müssen auch die Daseinsvorsorge und Infrastrukturvorsorge verbessert werden. Durch Investitionsförderung kann man auch das Thema Arbeitslosigkeit angehen. Wir brauchen hier marktbasiertere Ansätze, und Deutschland macht in diesem Bereich sehr viel. Das Humankapital wird gefördert, um dann das Geschäftsumfeld zu verbessern. Man hat oft ein gutes Geschäftsumfeld, aber man hat nicht das soziale oder Humankapital, um dies auszunutzen. Deshalb muss man diese Aspekte miteinander verbinden. Das sind Bereiche, wo UN-Habitat in Entwicklungsprogrammen tätig ist. Es stimmt, dass wir eine Wunschliste erstellt haben, aber so können verschiedene Länder auch Möglichkeiten für sich sehen und umsetzen. Nicht jedes Land kann alles erfüllen. Aber wenn sie das machen würden, würden wir bessere und nachhaltigere Städte haben. Das sind Themen, denen man sich widmen muss, entsprechend der jeweiligen Möglichkeiten und Voraussetzungen. Prof. Speer hat von einem unkontrollierten Wachstum gesprochen. Wir müssen das Wachstum der Städte in der Tat kontrollieren und planen. Ich selber habe in Mumbai gelebt, und dort können wir das nicht machen. Die Kultur entspricht durchaus dem, wie man Gemeinschaften und Häuser baut, aber der Zugang zu Land für



den Wohnungsbau und für wirtschaftliche Tätigkeiten ist in vielen Ländern die Zukunft. Hier sind die Landrechte ein ganz besonders wichtiger Aspekt. Bei UN-Habitat arbeitet man im Übrigen mit Länderprogrammen, es gibt technische Programme in den Städten, wo VN-Organisationen mit den Regierungen zusammenarbeiten. Wir versuchen, das auf die normative Ebene zu heben. Zum Beispiel sind wir in Afrika gebeten worden, Lösungen zu finden, wie Städte Daseinsvorsorge betreiben oder Sanitärversorgungen errichtet werden könnten. Diese nationalen Leitlinien können als Vorbild für andere Länder gelten und werden dementsprechend weltweit in den Dialog, zum Beispiel auch für die SDGs, eingebracht. Wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen, auch auf der politischen Ebene, und das ist nicht nur theoretisches Arbeiten. Wir versuchen uns dort einzubringen, wo wir Erfahrungen haben.

Prof. Dr. Christian Schmid, Titularprofessor Departement Architektur an der ETH Zürich, Schweiz: Ich beginne auch gleich bei der Frage der Stadtplanung, denn das war die erste Frage von Frau Roth. Es braucht in der Tat Stadtplanung, und man braucht auf jeden Fall ausgebildete Planerinnen und Planer. Aber die große Frage ist, wer definiert die Ziele der Stadtplanung, und von wem wird die Stadtplanung dann ausgehebelt. An dieser Stelle mache ich gleich eine Zwischenbemerkung, weil ich gerade in Belgrad gewesen bin, als dieses unglaubliche Projekt vorgestellt wurde. Das ist in einem gewissen Sinne auch die Zukunft der Stadtplanung. Man muss sich einfach einmal vorstellen, dass der nationale Regierungspräsident zusammen mit einem Investor aus Abu Dhabi, der zwei Milliarden US-Dollar versprochen hat, das ganze geografische Zentrum von Belgrad neu erdenkt, mit einer Stadtplanung, die diesen Namen nicht verdient. Das wird jetzt den Bewohnerinnen und Bewohner von Belgrad einfach vorgesetzt, und die wehren sich nun zwecklos dagegen. Das sind Tendenzen, die sind sehr gefährlich, aber gleichzeitig sehr viel verbreiteter als wir uns das vorstellen. Deutschland und die Schweiz sind da in einer anderen Situation, aber wenn wir innerhalb Europas nach London sehen, dann werden wir zum Teil ähnliche Prozesse erkennen können. Große Investoren entwickeln teilweise zusammen mit Regierungen Interventionsformen und setzen in diesen vorhandenen Städten einfach ganz neue Städte

hinein. Deshalb haben wir an der ETH Zürich die Forderung, dass es immer spezifische Lösungen geben muss. Hört auf mit Best Practice Beispielen! Das eine Beispiel mag wunderbar sein für Mexiko City, aber wenn man das dann auf Mumbai anwendet, dann kann es sein, dass es überhaupt nicht funktioniert. Wir brauchen also spezifische Ansätze, denn gerade in der Stadtplanung ist es besonders wichtig, dass man nicht mit Best Practice-Ansätzen kommt, sondern mit spezifischen, konkreten Projekten, die auf die jeweilige Situation Bezug nehmen. Genau in diesem Sinne muss auch die Frage der Landtitel gelöst werden. Das ist natürlich abendfüllend, und es steht dabei sicherlich die Frage im Raum „Sollte man ein generelles Recht auf Landtitel einfordern?“. Ich denke, das kann man schon, aber man muss wissen, dass die Situationen sehr verschieden sind, zum Teil gibt es ein traditionelles Recht, was in Lagos ganz anders verstanden wird als die alten Dorfrechte in China. Das sind jeweils ganz andere Situationen, und sie werden dann noch von modernem Recht überlagert, zu dem dann noch Korruption hinzukommt. Das ist heute eigentlich die normale Situation in vielen Städten dieser Welt. Zu der großen Frage „Afrika“: Es gibt eine starke Afrika-Forschung, wo insbesondere Südafrika mit Forscherinnen und Forschern führend ist. Das Problem ist aber, dass es in afrikanischen Ländern insgesamt nicht viele gute Beispiele gibt und es sich oft um Negativbeispiele handelt. In Lateinamerika und Asien gibt es hingegen viele Beispiele, die zudem noch spektakulär sind. Man muss nämlich aufpassen bei dem, was heute teilweise als ökologisch verkauft wird. Die ETH betreibt auch Forschungen und hat ein Forschungslaboratorium in Singapur. Singapur gibt sich in vielen Belangen super-ökologisch, aber wenn wir dann genauer hinschauen und die Gesamtbilanz ziehen, wird es schwierig. Es ist immer einfach, eine Siedlung zu bauen und diese als neue Green-City zu bezeichnen, aber bei der Gesamtbilanz müssen wir den Kontext berücksichtigen. Oft werden problematische Entwicklungen in den Städten als Vorzeigesiedlungen verkauft; solche Beispiele gibt es auch in Mexiko-City, die alles andere als nachhaltig und ökologisch sind. Man muss also Städte immer im Gesamtkontext anschauen. Zur Frage hochdynamischer Entwicklungen muss man wissen, dass es sehr starke Emigrationsprozesse gibt, aber auch die Geburtenraten innerhalb der Städte selber sehr hoch sind. Die Städte stoßen



an eine gewisse Grenze. Diese soll in Mexiko-City bei 40 Millionen Einwohnern liegen, und seit einigen Jahren wächst Mexiko-City praktisch nicht mehr. Aber die Städte im Umland wachsen umso mehr, und das hat Vor- und Nachteile. Der Vorteil ist, dass man das Wachstum sehr viel besser bewältigen kann. Der Nachteil ist, dass eine größere Megaregion entsteht, bei der alles eng vernetzt sein muss, damit es funktioniert. Man muss also versuchen, Urbanisierung früher zu fassen, und da ist mein Appell zu schauen, dass landwirtschaftliche Gebiete so urbanisiert werden, dass man frühzeitig eingreift und sich überlegt, wohin kanalisieren wir die Bevölkerungsströme, und wie können wir kleine und mittlere Städte berücksichtigen. Da gibt es entsprechende Modelle, was man tun kann. Das näher auszuführen, dazu fehlt mir jetzt leider die Zeit.

Prof. Dr. Albert Friedrich Speer jun., emeritierter Professor und Dekan des Fachbereiches Raum und Umweltplanung, Universität Kaiserslautern und Gründer des Büros Albert Speer & Partner, Frankfurt: Ich möchte direkt hier anschließen und Ihre Fragen beantworten. Ich sehe das Hauptthema beim Citymanagement und der Kooperation mit den anderen Akteuren, also der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, den Bürgern und allen, die an dem Prozess einer Stadtentwicklung beteiligt sind. Citymanagement ist dabei der entscheidende übergeordnete Begriff, der Infrastruktur und alle anderen Dinge mit beinhaltet. Zu Belgrad kann ich Ihnen eine schöne kurze Geschichte erzählen. Der große Investor aus Dubai verkauft zurzeit die gleiche Stadt mit der gleichen „bescheidenen“ Architektur und dem Städtebau nach Nigeria. Dort soll also eine Zwillingstadt von Belgrad entstehen. Es ist eine Katastrophe. Wir haben für die Stadt Abuja ein sehr schönes Konzept gemacht, und jetzt kommt der Investor und sagt: „Nein, ich will eine falsche Altstadt mit Springbrunnen haben.“ Da er das Geld hat, wird das wahrscheinlich auch so gebaut. Ich möchte noch etwas zu der Frage des Bodenrechts sagen. Es gibt auch in der arabischen Welt Ansätze in diese Richtung. Wir haben zum Beispiel für die gesamte Stadt Alexandria mit 4 Millionen Einwohnern ein elektronisches Geographic Information System (GIS) entwickelt, auf dem aufbauend das Landrecht nun eindeutig definiert werden kann. Zuletzt möchte ich den Begriff „Öko-

Cities and Smart-Cities around the World“ erwähnen. Ich kenne keine Stadt, die inzwischen gebaut geworden ist, die diesen Begriff verdient. Auch nicht in China und das Projekt Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist so gut wie eingestellt. Der Grund dafür ist ganz simpel, und das ist auch in Ägypten und vielen anderen Ländern ursächlich fürs Scheitern. Energie, Wasser und Grundlebensmittel sind in einem Ausmaße subventioniert, sodass selbst in einem Land wie Ägypten, das für Solarenergie nun wirklich zu 200 Prozent prädestiniert ist, Solarenergie nicht finanzierbar ist, und deshalb können diese Öko-Cities nicht funktionieren.

Die **Vorsitzende** Ich eröffne nun die zweite Frageunde mit Frau Kollegin Roth.

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich fand es sehr gut, dass Sie gesagt haben, dass Stadtplanung Ziele braucht. Sie haben das Beispiel Belgrad genommen, aber man könnte auch Istanbul nehmen. Es ist in der Zwischenzeit fast verbrecherisch, was dort passiert. Eine Mischung von Größenwahn, und so jagt eine Mall die andere, und es entsteht der größte Flughafen der Welt. Der Plan, einen zweiten Bosphorus zu bauen, und Sichtachsen, die geschützt sind vom Weltkulturerbe, werden einfach mit einer neuen Brücke kaputt gemacht, und es ist egal. Leute, die ihre Stadt retten und das kleine grüne Herz am Gezi-Park erhalten wollen, werden wie Feinde behandelt und niedergeschlagen. Istanbul und die dortige Regierungspolitik ist wirklich ein schlechtes Beispiel, wie Engagement für die eigene Stadt systematisch zerstört werden kann. Ich möchte noch einmal auf das Thema Flucht und Vertreibung eingehen. Wenn die offiziell registrierten Zahlen bei 51 Millionen Flüchtenden liegen, dann gibt es eine ganz große Dunkelziffer, denn weltweit wird mit weit über 100 Millionen Menschen gerechnet, die Klimaflüchtlinge sind und einfach nicht mehr in ihrer Heimat leben können. Was wird da präventiv gemacht? Verhindern kann man diese Entwicklung nicht mehr völlig, aber wie stellen sich Städte und Regionen darauf ein. Ich würde mir sehr wünschen, dass die beiden Herren, Prof. Schmid und Prof. Speer, in das große Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien, was einige Kollegen schon besucht haben, gehen. Das ist in der Zwischenzeit die drittgrößte Stadt Jordaniens geworden. Als ich dort mit



dem UNHCR-Vertreter gesprochen habe, hat dieser gesagt: „Claudia, was soll ich denn machen? Ich muss eine Stadt bauen, wie mache ich das. Ich mache jetzt zunächst vier Stadtviertel, und dann brauche ich eine Schule, da muss irgendwie Kultur hin und natürlich Straßen.“ Wie Sie hören, ist dieser Mann völlig überfordert, und diese Stadt wird sich nicht in einem oder in drei Monaten wieder auflösen, sondern er selber rechnet mit einem Bestand von mindestens 10 Jahren. Wie findet da eine Verbindung statt von UN-Habitat, Stadtplanung und Regierung. Die dort lebenden Menschen wollen ein menschenwürdiges Leben, und wenn sie das nicht bekommen, dann werden sie sich verständlicherweise auf den Weg machen.

Abg. **Heike Hänsel** (DIE LINKE.): Herr Prof Speer, Sie hatten zu Beginn darüber gesprochen, dass es bei Stadtentwicklungen auch immer um die kulturellen Fragen geht. Jetzt erleben wir aber im Zuge der Globalisierung eine Art Uniformierung. Das geschieht auch dadurch, dass große Malls nur von wenigen Anbietern weltweit gebaut werden. Hierzu meine kritische Nachfrage: Wie sehen Sie die Entwicklung oder vielleicht die Fehlentwicklung durch diese Form der Globalisierung? Wie bewerten Sie die Entwicklung beim weltweiten Handel, dass wir einerseits ungeschützte Märkte mit einem großen Warenangebot, auch Überangebot, haben, und dass andererseits wenig Industrialisierung vor Ort stattfindet. Das sind dann eher „verlängerte Werkbänke“, wie wir es in Mexiko erleben, wo eigentlich Strukturen entstehen, die nicht zusammengreifen, sondern nur partiell auf Handelsströme ausgerichtet sind. So entsteht an irgendeinem Ort plötzlich eine Struktur, die auf diese Form des Handels ausgerichtet ist, und das sind dann keine gewachsenen Strukturen, die funktionieren. Diese Form des Handels, also der Freihandel, wird immer weiter vorangetrieben, und alles soll geöffnet werden, es soll keinen Schutz geben, und dann kommt es, meiner Meinung nach, zu diesen Fehlentwicklungen. Vielleicht könnten Sie zu dem Spannungsfeld zwischen Stadtentwicklung und der internationalen Handelspolitik etwas sagen, wenn Sie da Erfahrungswerte haben.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU: Ich habe im Grunde zwei kurze Fragen. Es wurde das Thema angesprochen, dass ausgebildete Planer fehlen würden. Jetzt haben wir hier drei Vertreter von renommierten

deutschen Universitäten sitzen. Wie sind Ihre Universitäten denn aufgestellt, was die Alumnis betrifft? Ich erlebe immer wieder, gerade im afrikanischen Raum, sehr gut deutsch sprechende junge Leute, die hier studiert haben, aber in ganz anderen Bereichen eingesetzt werden. Ich würde auch Herrn Prof. Schmidt-Kallert bitten, das für Dortmund zu beantworten. Die zweite Frage betrifft das Thema Durchmischung. Wir verabschieden uns im europäischen Raum immer mehr von sogenannten durchmischten Städten. Ich halte jedoch sehr viel davon und würde gerne daran festhalten. Wie denken Sie darüber?

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Ich habe noch einmal eine Frage an Herrn Deikun in Bezug auf den SDG-Prozess. Es war nicht sicher, dass Urbanisierung sich als eigenständiges Ziel bei den SDGs etablieren könnte. Wo sehen Sie weiterhin Widerstände? Wird das Thema tatsächlich als nicht notwendig betrachtet? Vorhin haben Sie und die anderen Experten noch einmal deutlich gemacht, dass es bei der planerischen Gestaltung von Städten und bei den sozialen Umbildungsprozessen, die es dabei gibt, auch um Geschlechtergerechtigkeit geht. Wo wird dieses Thema eingespeist, und welche Erfahrungen haben Sie damit, global betrachtet, gemacht? Ich stelle eine Frage schließlich noch einmal an Herrn Prof. Dr. Schmid: Wie sieht es mit den Slum Dwellers aus? Vielleicht können sich auch die beiden anderen Experten zu der Frage äußern. Sie haben ja bereits die Widerstände beschrieben, die aufgrund von Korruption und individuellen Ausprägungen in den Ländern, die sich mit einer Stadtentwicklung auseinandersetzen, entstehen können. Welche Motivation können wir den kommunalen Strukturen geben, um zum Beispiel einen verslumten Stadtteil zu ertüchtigen, mit den Selbsthilfekräften der Menschen die Region weiterzuentwickeln?

Die **Vorsitzende**: Ich würde mit Herrn Prof. Speer beginnen, dann Herrn Prof Schmid und schließlich Herrn Prof Schmidt-Kallert bitten, die Frage der Alumnis zu beantworten. Abschließend noch einmal Herrn Deikun.

Prof. Dr. Albert Friedrich Speer jun., emeritierter Professor und Dekan des Fachbereiches Raum und Umweltplanung, Universität Kaiserslautern und



Gründer des Büros Albert Speer & Partner, Frankfurt: Ich möchte zunächst auf Ihre Frage nach der Einbeziehung von Frauen in Planungen eingehen. Dazu muss ich auf mein Anfangsstatement zurückkommen. In unterschiedlichen Kulturen wird das völlig verschieden gehandhabt. In meinem Büro sind seit vielen Jahren über 50 Prozent Frauen beschäftigt, aber keine davon arbeitet in der Geschäftsführung, und das hat vielerlei Gründe. Ich erlebe auch in der arabischen Welt einen Wandel zu mehr Eigenständigkeit der Frauen, und das geht bis zu bedeutenden Geschäftsfrauen oder Politikerinnen. Weibliche Minister sind in arabischen Staaten inzwischen nicht mehr die Ausnahme. Beim Thema Durchmischung ist für uns, und da rede ich garantiert auch für Herrn Prof. Schmid, die europäische Stadt mit Durchmischung die Stadt der Zukunft. Sie ist ein Vorbild auch für das, was wir uns in der Welt als nachhaltige Stadt vorstellen. Denn nur, wenn wir eine Durchmischung haben, gibt es relativ kurze Wege, und wenn Dinge nebeneinander funktionieren, dann gibt es weniger Emissionen im Verkehr. Davon bin ich überzeugt, und wir propagieren das überall, selbst in China. Die dezentrale Konzentration ist auch die Lösung für viele andere Probleme, zum Beispiel städtische Landwirtschaft und Ernährung. In Nigeria werden ca. 40 Prozent der im Land produzierten Lebensmittel zerstört, weil die Wege zu den Verarbeitungsstätten zu lang sind. Das Land kann sich deshalb nicht selber ernähren, sondern importiert Getreide und anderes. Dieses hat also mit Infrastruktur zu tun, aber auch mit Organisation und ist ein ganz großes Thema. Städtische Landwirtschaft ist für mich eines der großen Themen, über die wir heute überhaupt noch nicht geredet haben.

Prof. Dr. Christian Schmid, Titularprofessor Departement Architektur an der ETH Zürich, Schweiz: Ich beginne mit der Frage, die ich in der ersten Runde nicht mehr geschafft habe. Ich setze hier gleich bei einem Lösungsansatz an, den Sie vorgeschlagen haben, nämlich Genossenschaften. Ich komme aus der Schweiz, und in Zürich haben wir natürlich ein Viertel mit genossenschaftlichen Wohnungen. Dort ist eine sehr lebendige Kultur entstanden, und das ist etwas, was ich selbstverständlich nur empfehlen und unterstützen kann. Aus einer solchen Möglichkeit ist eine andere Entwicklung entstanden und gefördert worden, die die Leute mit einbezieht oder wo man dann über viele

unterschiedliche Dinge diskutiert, als ausschließlich sein eigenes Häuschen oder seine Wohnung im Blick zu haben. Das ist der große Vorteil. Dort entsteht effektiv die Chance, auf einer breiteren Ebene Entwicklung voranzutreiben. Das gleiche gilt für alle Ansätze, die versuchen, Stadtteile zu stärken. Aber man kann sich fragen, ob durch solche Ansätze Demokratie eingeführt werden kann. Da können wir wahrscheinlich an vielen Orten noch ziemlich lange warten. Gerade das Beispiel Lateinamerika zeigt aber auch, dass viele politischen Veränderungen in diesen Stadtteilen begannen, wie die Kämpfe und Auseinandersetzungen, um Slumgebiete weiterzuentwickeln oder die Selbstbaugelände und Barrios, in denen gesellschaftliche Emanzipationsprozesse in Gang gesetzt wurden. Das ist eine empfehlenswerte Strategie, und die Beispiele sprechen für sich. Aber es gibt auch die Gegenteilstendenzen. Frau Roth, Sie haben den Gezi-Park in Istanbul erwähnt. Die Auseinandersetzungen und Demonstrationen haben aber nicht wegen des Parks stattgefunden. Der Park war lediglich der Anlass, es ging um die enorme Veränderung von ganz Istanbul. Das meinte ich vorhin mit autoritären Formen der Stadtentwicklung, die immer mehr Einzug halten. Dagegen muss man sich in aller Form aussprechen. Beim Thema Durchmischung bin ich ganz Ihrer Meinung, Herr Prof. Speer, aber wir müssen noch nicht einmal die europäische Stadt bemühen, sondern auch die orientalische Stadt hat die Durchmischung. Es gibt Beispiele aus Lateinamerika, nämlich die Selbstbaugelände, die ebenfalls durchmischte sind, weil die informellen Arbeitsplätze von den Einwohnern selber in den Quartieren geschaffen werden. Das schafft dann eine Zukunft, gerade für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die sich nur so aus ihrem Elend herausarbeiten können, denn sie können nicht auf formelle Jobs warten und müssen sich deshalb ihre Jobs selber schaffen. Das kann man erreichen, wenn die Quartiere erlauben, dass ich mir eine Werkstatt einrichte oder mir mein Restaurant gestalte, damit ich eine Basis und ein Auskommen erhalte. Auch wenn das zunächst prekär und informell ist, kann es sich doch weiter entwickeln, und das muss man unterstützen. Das kann man planen, und da gibt es entsprechend clevere Maßnahmen. In Mexiko-City sind große Teile eines früheren sogenannten Slumgebiets bei einem solchen Selbstbaugelände ausgespart worden. Für diese Flächen werden jetzt sukzessive Nutzungen



hinzugefügt, wie Supermärkte, Universitäten, Kirchen, Moscheen, und sogar einen Zoo sieht man da plötzlich. Das ist eine clevere Planung. Es braucht also ein Zusammenspiel von cleveren Ideen, und man muss den Raum für Möglichkeiten offen halten. Das aber ist das Problem bei all diesen Abu Dhabi/Dubai-Entwicklungen. Hier finden Entwicklungen einfach über den Köpfen der Leute statt, und es gibt überhaupt keine offenen Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Für mich heißt Stadtentwicklung Entwicklung. Die Stadt unterliegt einem Prozess, bei dem wir immer Entwicklungsmöglichkeiten offen lassen müssen. Bei der Endphase der Planung sage ich meinen Studierenden immer, dass es keinen Endausbau gibt. Das geht weiter, das entwickelt sich weiter, und das heißt natürlich auch, dass wir die Prinzipien der Stadtplanung ständig verändern müssen. Das gilt natürlich gerade für die Großprojekte, die immer von einem Endzustand ausgehen, und die enden dann wirklich negativ oder als unansehnliche Altlasten, die nicht mehr bewohnbar sind und komplett neu gebaut werden müssen.

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Universität Dortmund: Es gibt in Deutschland und in vielen europäischen Ländern seit einigen Jahren international orientierte Studiengänge, die speziell auf die Situationen von Urbanisierung fokussiert sind und sich auf die Planung in Entwicklungsländern konzentrieren. Ich war jetzt 10 Jahre lang Leiter eines solchen Studiengangs an der Universität Dortmund. Das Ziel von solchen Studiengängen ist sicherlich, die Absolventen in die Lage zu versetzen, die Stadt als Ganzes zu begreifen. Sie sollen nicht wie in der Vergangenheit Stadtplaner für die Stadt der Mittelklasse sein, sondern die großen informellen Siedlungen mitplanen und Lösungen für eine Integration zwischen den informellen Siedlungen und den anderen Teilen der Stadt mitdenken. Da werden gemeinsam Visionen entwickelt, und dann ändert sich im Laufe des Prozesses auch etwas in den Köpfen der Studierenden. Ich habe in der letzten Woche eine Evaluierung eines deutsch-ägyptischen Studiengangs gemacht, und die Absolventen, die wir interviewt haben, haben gesagt: Vorher waren wir ausgebildete Architekten und haben lediglich für die Mittelklasse Häuschen entwickelt. Oder: Ich habe zehn Jahre in Dubai gearbeitet, aber dass wir jetzt im informellen Wohngebiet gewesen

sind, dort eine Bestandsaufnahme gemacht haben und mit den Bewohnern etwas entwickelt haben, hat meine Augen geöffnet. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, dass sich da etwas im Bewusstsein ändert. Aber Planung hat natürlich eine Funktion innerhalb der staatlichen Verwaltung. Es gibt auch private Planungsbüros und NGOs. Bei dem speziellen Studiengang sieht es so aus, dass viele Absolventen erst einmal an der Universität weiterarbeiten, weil die Bedingungen in Ägypten so sind, dass dort eine Militärdiktatur herrscht und die gemeinsamen Visionen für die Gesamtstadt in weite Ferne gerückt sind. Man muss sehen, dass wir mit solchen Lernzielen ausbilden, und es ist auch wichtig, was sich in anderen Bereichen, wie in der Verwaltungsreform, entwickelt. Ein positives Beispiel ist Ghana, wo in der Dezentralisierung von vorneherein festgelegt worden ist, dass in jedem Distrikt, in jeder Großstadt ein Planer vorhanden ist, der die Aufgabe hat, Fünfjahrespläne zu entwerfen. Das beinhaltet Pläne für das gesamte Territorium, in die auch die Slum- und Quartiersiedlungen integriert werden. In diesem Zusammenhang müssen wir immer berücksichtigen, wie die Planer-Ausbildung bei uns aussieht und welche Art von Dezentralisierung oder Verwaltungsreformen im Land selber gültig sind.

George Deikun, Direktor UN-Habitat Liaison Office Genf, Schweiz: Die Aufnahme von Flüchtlingen in der Syrien-Krise ist ein riesengroßes Problem. Seit ungefähr 2010 haben UN-Habitat und der UNHCR, mit dem wir sehr eng zusammenarbeiten, festgestellt, dass 80 bis 90 Prozent der Flüchtlinge in bestehende menschliche Siedlungen und Städte gehen. Die gehen lieber dorthin, weil das Leben vielfältiger ist und es die Chance gibt, bei Verwandten zu leben. Die Frage ist also, wie wir die Menschen in den Siedlungen unterstützen können, damit sie wiederum die Flüchtlinge unterstützen können. Das haben wir gemeinsam mit dem UNHCR in Jordanien und im Libanon versucht. Gleichzeitig beobachten wir in den Städten in Syrien, wie sich dort die Kapazitäten entwickeln, wie groß die Zerstörung ist und wie die Chancen für die Menschen aussehen, bei einer veränderten Situation in Syrien, zurückzukehren. Aber letztlich geht es bei alledem um den politischen Willen. Das Problem ist, dass zum Beispiel die jordanische Regierung den Flüchtlingen nicht erlaubt, zu arbeiten. 600 000 Menschen leben dort als Flüchtlinge, und es ist



schwer, diese Menschen in ein normales Umfeld zu absorbieren, wenn sie nicht arbeiten dürfen. Es stellt sich durchaus die Frage, wie lange das weitergehen wird und ob sich die Zahl der Flüchtlinge verdoppelt. Bereits jetzt sind 25 Prozent der libanesischen Bevölkerung Flüchtlinge. Wir können nicht den UNHCR und UN-Habitat für alles verantwortlich machen, denn es geht letztlich um den internationalen politischen Willen, wann die Krise zu Ende kommen wird. Das ist eine politische Entscheidung, die auf höherer Ebene getroffen werden muss. Wir betreiben derzeit Schadensbegrenzung im Umgang mit den Flüchtlingen. Wenn das so weitergeht, müssen neue Siedlungen geplant werden. Aber dazu wird es erforderlich sein, dass die Regierungen anerkennen, dass diese Menschen sehr viel länger im Land bleiben werden, als sich die lokale Regierung das derzeit wünscht. Auch das ist wieder eine politische Frage. Wenn man sich den kulturellen Kontext anschaut und in diesem Zusammenhang die Palästinenser-Flüchtlinge betrachtet, stellt man fest, dass das in den Hintergrund rückt, obwohl es in den Hinterköpfen der Menschen steckt. Es bleibt die Frage, ob es für die nächsten 50 Jahre eine syrische Flüchtlingspopulation geben wird. UN-Habitat bemüht sich hier mit den anderen VN-Organisationen, aber die großen politischen Fragen gehen über diese Organisationen hinaus. Beim SDG-Prozess haben wir festgestellt, dass man immer noch Stadt versus-Land als traditionellen Gegensatz versteht. Wenn man sich auf die Städte konzentriert, zieht man Mittel von der ländlichen Entwicklung ab. Aber wir sehen in den letzten zwei Jahren auch, dass es ein größeres Verständnis für den Zusammenhang zwischen ländlichen und städtischen Gegenden gibt. Vor allem durch die Entwicklung der kleinen und mittleren Städte werden neue Chancen geschaffen für die ländliche und städtische Entwicklung. Deswegen gab es einige Regierungen, die gegen eine Aufnahme von Urbanisierung in die SDGs waren. Das ist im Übrigen kein ausschließlicher VN-Prozess, sondern ein Prozess der Staaten. Die Afrikanische Union (AU) hat letztlich doch akzeptiert, dass städtische urbane Fragen mit einbezogen werden müssen, wenn man einen Ausgleich und Wachstum in den betroffenen Ländern erreichen will. Auch die indische Regierung verfolgte früher einen eher ländlichen populistischen Ansatz und ist umgeschwenkt auf einen mehr urbanen städtischen An-

satz als großes Entwicklungsthema. Da hat sich einiges in den letzten sechs Monaten geändert. Wir sind uns jetzt ziemlich sicher, dass es einen breiten Konsens gibt für das Stadtziel als Teil der SDGs. Es gibt zwei große Themen bei der Gleichstellung und was das wirklich bedeutet, mit denen sich UN-Habitat befasst. Zum einen soll den Frauen ermöglicht werden, sicheren Landbesitz und Landtitel zu haben. Das ist ein großes Problem weltweit, beispielsweise in Afrika oder in islamischen Kulturen, wo es Frauen nicht gestattet ist, Land zu besitzen oder Land zu erben. Wir haben da experimentiert mit traditionellen rechtlichen Strukturen; das haben meine Kollegen bereits angesprochen. Es muss Frauen ermöglicht werden, Land zu besitzen und ein Unternehmen aufzubauen, denn das wirkt sich dramatisch auf die Gesellschaft aus. Wenn die Frau gestärkt wird, dann wird die ganze Familie gestärkt. Der Multiplikatoren-Effekt ist hier immens wichtig für die langfristige Entwicklung. Zum anderen muss sichergestellt werden, dass bei der Entwicklung von Wohnraum auch Heimarbeit ermöglicht wird. Denn oft dürfen die Frauen kulturell bedingt gar nicht das Haus verlassen, und deswegen muss man so planen, dass auch zu Hause gearbeitet werden kann, Unternehmen von zu Hause geführt werden können, damit die Frauen Teil des wirtschaftlichen Prozesses werden. Dann geht es letztlich um die Stimme der Frauen in der Politik, bei der Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene und auch bei der Ressourcenverteilung in den kommunalen Haushalten. Hierbei unterstützen wir Frauengruppen, sodass sie eigene Positionen artikulieren und in die Lage versetzt werden, sich in ihren Gemeinden stärker durchzusetzen. Ich möchte noch ganz kurz etwas zu anderen Themen sagen. Zum Mix und der Mischung in den Städten: UN-Habitat fördert hier sogenanntes „Infill housing Development“; anstatt Städte auszuweiten, wird hier soweit wie möglich freies Land genutzt, und so erreicht man bei der Stadtentwicklung einen Mix. Das hilft Menschen sehr, weil sie dadurch näher an ihren Arbeitsplätzen sind, und das ist zweifelsohne auch ein großes Thema der städtischen Entwicklung. Die Menschen sind nämlich häufig zu weit weg von ihrem Arbeitsplatz, und deswegen gehen sie zurück in die Städte, und dann entstehen eben die Slums. Schließlich zur Städteplanung: UN-Habitat fördert weltweit ein Uni-Partnerschaftsprogramm zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eines der Ziele besteht darin,



die Universitäten und damit die Architektur- und Stadtplanungsstudenten zu einem größeren Interesse für die Entwicklung nachhaltiger Urbanisierung in Entwicklungsländern zu bringen. Das läuft seit einigen Jahren, und das läuft sehr gut.

Die **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zum Themenblock 2: „Technische, planerische und rechtliche Aspekte der Urbanisierung“. Es wurde schon einiges im ersten Themenblock angesprochen, weil es schwierig ist, das streng voneinander zu trennen. Ich begrüße recht herzlich die Sachverständigen Frau Dr. Clara Brandi vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und nochmals Herrn Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert vom Fachgebiet International Planning Studies (IPS) der Universität Dortmund. Ich darf nun auch Sie um Ihre Stellungnahmen zu dem Thema bitten.

Der Vorsitz wechselt und Abg. Jürgen Klimke übernimmt die Leitung.

Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn: Herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin am DIE in Bonn und gleichzeitig im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) tätig. In dem Kontext erstellen wir gerade ein umfangreiches Gutachten zum Thema Städte und Urbanisierung auf dem Weg Richtung Habitat III. Vor diesem Hintergrund begrüße ich das Thema dieser Anhörung besonders. Die wichtige Rolle von Urbanisierung sollte sich in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, auch hinsichtlich der Budgets, niederschlagen. Dabei stehen zwei Herausforderungen im Mittelpunkt: 1. die Minderung von Armut, Stichwort informelle Siedlung und 2. die Transformation zur Nachhaltigkeit. Beide Themenkomplexe, das haben Herr Prof. Schmid und Herr Prof. Speer bereits betont, erfordern spezifische Lösungen für sehr unterschiedlichen Stadttypen, wie wild wuchernde Städte, schrumpfende europäische Städten, Mega-Cities oder „Failing-Cities“ mit großen Steuerungsdefiziten. Diese Bandbreite müssen wir vor Augen haben. Zu dem Stichwort informelle Siedlung können wir erwarten, dass bereits in der nächsten Generation jede dritte Person weltweit in informellen Siedlungen leben wird. Die EZ sollte deshalb einen Schwerpunkt auf die Frage legen,

wie können Lebensbedingungen in solchen Siedlungen verbessert und nachhaltiger gestaltet werden. Zum zweiten Stichwort Transformation muss man berücksichtigen, dass es die Städte sein werden, wo entschieden wird, ob eine globale Transformation zur Nachhaltigkeit und damit der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gelingt. Aktuell, das haben wir schon gehört, sind Städte für rund 70 Prozent der globalen Emissionen in Bezug auf Energie verantwortlich. Frau Abg. Roth hat es betont, auch wir sind hier Entwicklungsländer. Städte sind aber nicht nur entscheidende Mitverursacher und Betroffene des globalen Wandels, sondern sie sind zum Glück auch, und das ist die gute Nachricht, Problemlöser, weil sie immer über besonders viel Gestaltungs- und Innovationspotential verfügen. Die enorme Bedeutung von Städten für globale Entwicklung erfordert ein neues integriertes umfassendes Organisationskonzept. Was sollte das Leitbild für ein solches Konzept sein? Es sollte auf folgenden drei Säulen stehen: 1. ein People oriented-Ansatz, der die Bewohnerinnen und Bewohner ins Zentrum stellt. 2. ein erweitertes Wohlfahrtsverständnis, das das subjektive Wohlbefinden der Stadtbewohner berücksichtigt. 3. ein breiter Nachhaltigkeitsbegriff, inklusive der Berücksichtigung planetarer Leitplanken. Dieses von dem WBGU entwickelte Konzept definiert Schadensgrenzen für globale Umweltveränderungen, deren Überschreitung intolerable Folgen hätte. Ein Beispiel dafür ist die 2-Grad-Leitplanke in der Klimapolitik. Wenn diese überschritten wird, sind die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen und die Bekämpfung von Armut enorm schwierig, und insofern sollte diese Leitplanke im Kontext von Urbanisierung eingeplant werden. Was sind zentrale Handlungsfelder für Urbanisierung? Ich denke, es gibt vier essenzielle Handlungsfelder, die besonders umfassende Chancen und Risiken für globale Entwicklungen bieten: 1. die räumliche Gestaltung von Städten, insbesondere deren Dichte und Kompaktheit, und auch die Durchmischung. 2. Infrastrukturen, vor allem mit Blick auf Energie, Mobilität und Gebäude. 3. Wohlfahrt in Städten. 4. Governance. Aus der Perspektive globaler Nachhaltigkeit sind die ersten beiden Komponenten essenziell, denn die Aspekte haben eine sehr hohe Leitplanckenrelevanz und sollten daher stark im Fokus stehen. Als Beispiele möchte ich die Städte Atlanta und Barcelona nennen, die beide gut fünf Millionen Einwohner haben und ähnlich wohlhabend



sind. Aber während sich Atlanta über mehr als 4.200 km² ausbreitet, ist Barcelona sehr viel kompakter. Das führt dazu, dass in Atlanta die CO₂-Emission pro Kopf für Transporte mehr als 7,5 Tonnen ausmacht, in Barcelona jedoch nur 0,7 Tonnen. Das zeigt, dass Kompaktheit und Transportsysteme in unseren Städten eine enorme Hebelwirkung haben. Hier spielt die Zeitdimension eine entscheidende Rolle, und es geht bei Fahrtabhängigkeiten um langfristige Weichenstellungen für die globale Entwicklung. Das geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem wir vor der Herausforderung stehen, unsere Treibhausgasemissionen auf null senken und unsere Wirtschaftssysteme de-kompensieren zu müssen. Beim dritten Punkt, Wohlfahrt in Städten, zeigt sich, dass diese nicht nur abhängig ist von ökonomischen Dimensionen, wie dem Bruttonettoprodukt. Im Fokus sollten daher auch andere Komponenten gesehen werden, wie das subjektive Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Gleichzeitig sind das keine großen Treiber von Ressourcenverbrauch oder Emissionen, und aus diesem Grund ergeben sich erfreulicherweise keine besonderen Herausforderungen aus dieser Leitplanken-Perspektive. Beispiele für solche Dimensionen von Wohlstand, die wir fördern und im Blick haben sollten, sind soziale Gerechtigkeit, Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement, Partizipation und die Beteiligung aller Stakeholder. Beim vierten Handlungsfeld sollte vor allen Dingen transformative Governance im Fokus stehen, die Nachhaltigkeit gestaltet. Wenn Städte Akteure in der globalen Governance sind, ist es im Kontext urbaner Governance zum Beispiel wichtig, wieviel fiskalische Autonomie, wieviel Finanzhoheit und welche regulatorischen Kompetenzen sie haben. Zum Ende möchte ich zwei weitere wichtige Punkte erwähnen. Für die Umsetzung eines umfassenden Urbanisierungskonzeptes brauchen Städte einen besseren Zugang zur Finanzierung, beispielsweise für die urbane Infrastruktur. Das ist ein Thema, das wir im Blick haben sollten. Und letztlich gibt es im Kontext von Städten und Urbanisierung beträchtliche Datenlücken und deshalb auch Forschungsdefizite. Diese Lücken sollten geschlossen werden, damit eine genaue Analyse der aktuellen Lage in Städten möglich wird und eine angemessene Basis für die Entwicklung adäquater Politikmaßnahmen für die Zukunft generiert wird. Besonders große Datenlücken gibt es zum Beispiel bei

Ungleichheit und Emissionen in urbanen Systemen. Hier gibt es viel Nachholbedarf.

Der **Vorsitzende**: Wir danken Ihnen, Frau Dr. Brandi, für die einführenden Anmerkungen, und jetzt gebe ich das Wort an Herrn Prof. Dr. Schmidt-Kallert für den zweiten Input.

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Universität Dortmund: Letzte Woche habe ich überlegt, wie ich kurz auf Ihre 97 Fragen eingehen könnte und habe Ihnen ein Papier geschrieben, indem ich neue Themen fokussiere, eine Bestandsaufnahme mache und einige Handlungsempfehlungen gebe. Das will ich jetzt in aller Kürze mündlich zusammenfassen. Erster Punkt: Es ist wichtig, dass Urbanisierung mehr ist als das Bild von Mega-Städten. An der Stelle haben wir spezifische Erfahrungen in Deutschland und Mitteleuropa, weil wir ein vielgestaltiges Städtesystem haben, mit einer Hierarchie von Orten mit Städtenetzwerken. Viele Entwicklungsländer leiden jedoch darunter, dass es dort lediglich die Dichotomie zwischen Mega-Städten und den ländlichen Regionen mit ganz kleinen Orten gibt. Trotzdem gibt es Zuwanderung in Mittelstädte; das ist ein Handlungsfeld, wo die deutsche EZ bisher zu wenig tätig gewesen ist. Man kann und muss keineswegs das deutsche Städtesystem exportieren, aber Beratungen in den Bereichen Raumordnung im nationalen Maßstab und Siedlungsplanung auf nationaler Ebene anzubieten, ist sicherlich sinnvoll. Zweiter Punkt: Das Thema ist heute schon mehrfach erwähnt worden, nämlich Stadt-Land-Beziehungen. Wir haben es nicht mehr mit Städten zu tun, die eine andere Rechtsordnung haben als das Land. „Stadtluft macht frei“ hat zu einer anderen Zeit gegolten. Damals gab es tatsächlich einen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Heute haben wir es jedoch mit einem Kontinuum von Stadt und Land zu tun, und die Zukunft des ländlichen Raumes besteht immer mehr darin, dass dort auch verarbeitende Industrie existiert. Das ist auch in der neuen Strategie des BMZ für ländliche Entwicklung sehr deutlich geworden. Die Städte sind Produzenten von Nahrungsmitteln, aber haben viele andere Funktionen in den verschiedenen Teilen der Welt. Stadt und Land sind keine Gegensätze. Ein weiteres Kontinuum und besonderes Phänomen ist, dass ganz viele Menschen und eine zunehmende Anzahl von Migranten, sowohl in der



Stadt, als auch auf dem Land, zu Hause sind. Man spricht von multilokalen Haushalten, die also nicht ausschließlich den städtischen Lebensstil übernommen haben, sondern für ihr Überleben sowohl den ländlichen als auch den städtischen Standort brauchen. Das ist eine Chance, die bei der Erstellung von künftigen Konzepten für Stadtentwicklung und für ländliche Entwicklung genutzt werden muss. Diese Menschen, die zwischen Stadt und Land leben, müssen unterstützt werden. Da tun sich Governance und staatliche kommunale Organisationen bisher sehr schwer, weil sie auf ihr Territorium bezogen arbeiten und nicht die Menschen berücksichtigen, die zwischen den verschiedenen Territorien hin und her pendeln. Das ist ein, wie mir scheint, ganz wichtiges Handlungsfeld für die Zukunft. Eine Ihrer Fragen war, ob man die zehn grünen Zentren, die jetzt vom BMZ entwickelt werden, nicht durch zehn Patenschaften mit urbanen Zentren ergänzen sollte. Ich halte das für eine gute Idee und eine Richtung, die man denken könnte. Dritter Punkt: Stadtplanung ist sehr lange der Mittelschicht verpflichtet gewesen und hat die andere, informelle Seite der Stadt nicht berücksichtigt. In Zukunft kommt es darauf an, dass Stadtplanung Visionen entwickelt für die Gesamtstadt. Nun habe ich noch ein paar Punkte, bei denen ich für ein „sowohl als auch“ plädiere. Dabei geht es um wichtige Bereiche, die Grundlagen für städtische Entwicklung und für die Qualität der städtischen Dienstleistungen sind. Da ist der Zugang zu Grund und Boden, der ganz wichtig ist. Es hat vorhin die Frage von Frau Hänsel gegeben, ob wir nicht viel mehr Kataster brauchen. Ich bin da ein wenig vorsichtig, denn ein Kataster ist ein Hilfsinstrument. Seit den 90er Jahren gab es Riesenprojekte von der Weltbank und von der EU finanziert, Kataster flächendeckend aufzubauen. Aber was gebraucht wird, ist Rechtsicherheit, die in individuellen Eigentumstiteln oder in einem Kollektivtitel, in einem traditionellen Titel oder in einer Verbindung von beiden bestehen kann. So bestehen in Afrika noch häufig Nutzungsrechte, die auf traditionellen Rechtsvorstellungen basieren. Man muss also nicht pauschal überall Kataster anlegen. Das kann sogar nach hinten losgehen; wenn individuelle Eigentumstitel in informellen Siedlungen vergeben werden, dann kann es nämlich zur Gentrifizierung kommen. Dieses „sowohl als auch“ gilt ebenso für die Bereiche Wasserver-

sorgung und Abwasserentsorgung. Die großen kommunalen Systeme haben hier vielfach versagt. Ich kenne Beispiele, wo autonome Systeme von Wasserversorgung parallel aufgebaut worden sind und die Situation der Bürger sich verbessert hat. Ein anderer Bereich ist der Öffentliche Personennahverkehr. Die Diskussion ist sehr stark konzentriert auf innovative, moderne Systeme, wie Schnellbahnen oder Seilbahnen. Diese gibt es in zwei Städten von Lateinamerika und zusätzlich hat man dort eigene Busspuren installiert. Es ist wichtig, das Verkehrschaos zu entzerren und den Verkehr schneller zu machen. Aber die jetzige Situation ist so, dass der überwiegende Teil des ÖPNV in den Metropolen der Entwicklungsländer durch einen sogenannten Paratransit, also Kleinbusse, geleistet wird. Die haben aber viele Nachteile; so ist die Unfallhäufigkeit groß, und sie verbrauchen viel Verkehrsfläche. Die Vorteile sind, dass sie relativ erschwinglich sind und die Fläche bedienen. Sie sind anders organisiert als moderne Verkehrsmittel, die dann von der zentralen Einrichtung geführt werden. Da müsste es eine Schnittstelle geben, damit es eine Kombination von allem geben könnte. Es gibt noch den Bereich der Energieversorgung, wo ein „sowohl als auch“ durchaus Sinn macht. Zum Schluss habe ich noch einen Hinweis zum Thema kommunale Selbstverwaltung. Wir haben zweieinhalb Dekaden mit unterschiedlichen Dezentralisierungskonzepten hinter uns gebracht, aber die Schwäche der meisten Kommunalverwaltungen in den großen Städten ist die fehlende Planungs- und Finanzhoheit. Da haben wir gute Erfahrungen in Mitteleuropa, und diese sind zuweilen in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt worden, interessanterweise bei der damaligen GTZ oder GIZ. Das ist stärker in Südosteuropa als in den eigentlichen Entwicklungsländern geschehen, aber daraus sollten wir mehr machen und lernen.

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den zwei Fragerunden. Bitte sagen Sie, wen Sie fragen möchten, damit die Fragen direkt richtig adressiert werden. Die Antworten sollten fünf Minuten nicht überschreiten.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Aufgrund der Bemerkung mit den 97 Fragen möchte ich an dieser Stelle meinen Dank an alle Experten ausdrücken, weil Sie sich bei der Beantwortung genau diejenigen ausgesucht haben, die uns interessieren und



die uns einen sehr guten Überblick geben können. Herr Prof. Dr. Schmidt-Kallert, Sie haben gezuckt, als vorhin die Antworten auf meine Frage nach Afrika kamen, dass es keine positiven Beispiele gebe. Deshalb frage ich explizit Sie nochmals, weil Sie vielleicht eine andere Auffassung haben. Dann möchte ich an beide Experten die Frage nach der Motivation stellen, weil mich das schon ein wenig ratlos zurück lässt. Wir brauchen eigentlich Good Governance, wir brauchen vernünftig funktionierende Verwaltungen, wir brauchen entsprechende Planungshoheit, wir brauchen politische Strukturen zwischen Stadt und Land, die auch an den Schnittstellen vernünftig arbeiten können. In den Entwicklungsländern haben wir das in vielen Bereichen aber nicht. Wie kann man sich da ständig erneut motivieren, wenn man sich um Slums kümmert? Der nächste Punkt sind die Paketlösungen. Wie kann man da vorgehen, um diejenigen, die Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit tragen, zu motivieren? Sie haben beide die Paketlösung in ihren Statements erwähnt, und Sie sagen, dass gerade kleine NGOs oder Vereine oft die isolierten Lösungen bringen, also Brunnen bohren, ohne an das Abwasser zu denken. Um es ganz pauschal zu sagen, glauben Sie, dass man an dieser Stelle insgesamt mehr koordinieren muss, um weiter zu kommen.

Abg. **Heike Hänsel** (DIE LINKE.): Ich habe noch eine Rückfrage bezüglich des Land-Stadt-Kontinuums und diesen sogenannten multilokalen Haushalten, die Sie erwähnt haben. Diese Aufteilung spaltet Familien dann auch auf, denn ein Teil arbeitet in den Städten und der andere Teil auf dem Land. Das haben Sie als Chance gesehen; vielleicht können Sie das noch erläutern. Welche Politikansätze braucht man, damit das wirklich eine Chance wird und nicht nur zu negativen Auswirkungen, z.B. zu Störungen von familiären Strukturen, führt? Welche Rahmenbedingungen bräuchte es, damit das Stadt-Land-Kontinuum tatsächlich eine Chance wird? Sie sprachen außerdem von den autonomen Systemen, die teilweise sehr gut funktionieren könnten. Meinten Sie das im Hinblick auf rechtliche Aspekte oder auch bezogen auf die Eigentumsaspekte? Sind das eher PPP-Projekte, oder befinden sich die Projekte in öffentlicher Hand? Ich möchte von beiden Experten eine Einschätzung, da wir hier einen Trend feststellen. Einer-

seits gibt es einen Privatisierungstrend von öffentlicher Daseinsvorsorge, andererseits erleben wir in Deutschland wieder eine Rekommunalisierung. Die Handelspolitik, auf die ich immer wieder gerne zurückkomme, eröffnet durch die immer weitere Öffnung von Märkten, auch von Beschaffungsmärkten, einen enormen Privatisierungsdruck. Wie wirkt sich das auf städtische Versorgung aus, und welche Vorschläge haben Sie? Dann vielleicht noch zur Planung: In Kairo habe ich erlebt, dass täglich fast vier Millionen Menschen pendeln und somit die Hälfte ihrer Lebenszeit im Stau auf der Straße verbringen. Sie gehen in der Stadt aber nicht nur zur Arbeit, sondern auch zu allem Öffentlichen, das dann irgendwie zentralisiert ist. Gibt es Ansätze, Vorstellungen oder Vorschläge, bei Planungen auch zu dezentralisieren, ohne dass es zu einer Gentrifizierung oder zu diesen Hybridstädten oder ausgelagerten Stadtteilen kommen würde.

Abg. **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage geht an Frau Dr. Brandi und an Herrn Prof. Dr. Speer. Sie haben beide gesagt, dass es nicht das eine Modell einer Stadt, die ökologisch soziale Transformationen zeigt, gibt. Können wir dann eigentlich voneinander lernen, denn wir sind ja keineswegs die Allwissenden. Ich war als Gast an der German University of Technology in Muskat im Oman, wo unterschiedliche Kulturen zusammen kommen. Das war beeindruckend und zeigt, dass es geht. Fehlen also die Mittel oder der politische Wille? Was können wir voneinander lernen, wenn es um Innovationspotentiale geht? In der Stellungnahme des BMZ wird von der Entwicklung der Stadt als Kulturräum gesprochen, und man verweist auf die Restaurierung oder Wiederherstellung von Altstädten. Das ist sicher nicht ausreichend, aber was gehört aus Ihrer Sicht noch dazu? Müsste nicht auch eine systematische Förderung von Künstlern und Künstlerinnen einbezogen werden, und gehört der Ansatz der „Kreativen Klasse“, wie von Richard Florida erdacht, nicht auch dazu? Welche Erfahrungen, Herr Schmidt-Kallert, zur partizipativen Stadtentwicklung gibt es in den Ländern des globalen Südens, denn sogenannte Bürgerhaushalte oder kommunale Selbstverwaltung sind doch eher bei uns angesiedelt. Könnten Städtepartnerschaften hier unterstützen? Ich bin ein totaler Fan und eine Vertreterin von kommunaler Außen- und Entwicklungspolitik.



Also, was kann die Rolle einer Städtepartnerschaft sein? Meine letzte Frage. Haben Sie eigentlich eine Vorstellung, ob man Städte wie Aleppo überhaupt jemals wieder aufbauen kann?

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU): Frau Dr. Brandi, Sie haben gesagt, dass Städte Problemlöser sind. Ich möchte wissen, welche Probleme in der EZ lassen sich tatsächlich möglicherweise in Städten lösen? Wir haben Ihrer Einschätzung nach zu wenige Planer aktiv in den Zielgebieten. Wäre es vielleicht sinnvoll, über beispielsweise „Planer mit Blauhelm“ nachzudenken? Das wäre dann eine internationale Ingenieursgemeinschaft, die sich, mit VN-Mandat oder wie auch immer ausgestattet und finanziert, auf den Weg machen würde. Wie schätzen Sie die bisherige deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Themenbereich „Urbanisierung“ ein? Momentan bricht da relativ viel auf, aber möglicherweise finden noch nicht allzu lange gute oder koordinierte Aktivitäten statt. Zu den 10 grünen Zentren: Ich freue mich sehr, Herr Prof. Dr. Schmidt-Kallert, dass Sie meine Einschätzung dahingehend unterstützen, dass das BMZ den grünen Zentren die Urbanität zur Seite stellen möge und diese nicht vergessen wird. Würden Sie uns Politikern empfehlen, mit den begrenzten EZ-Haushaltsmitteln wirklich gezielt in Klein- und Mittelstädte zu investieren und gleichzeitig das Thema Mega-Cities den größeren Playern zu überlassen? Beim Thema Städtepartnerschaft möchte ich nur sagen, dass Ihnen, Frau Roth, mein Herz zufliegt, weil ich Ihnen vollumfänglich zustimme.

Abg. **Sibylle Pfeiffer** (CDU/CSU): Wenn ich unterwegs bin, dann fällt mir immer wieder auf, dass wir bereits bei der Planung sehr wohl auf die Baumaterialien achten müssen. Es ärgert mich enorm, wenn wir in Afghanistan eine Schule mit Beton bauen, denn die Menschen vor Ort selber haben aufgrund der klimatischen Anforderungen früher das passende Material ausgewählt und verbaut. Deshalb stellt sich für mich die folgende Frage: Ist es nicht sinnvoll, bei allen Planung die lokalen Erfahrungen und Besonderheiten mit einzubeziehen? Sollte man nicht schauen, welche Baumaterialien auch im Hinblick auf Klima und ähnliche Zusammenhänge verwendet werden.

Der **Vorsitzende**: Ich schließe die erste Fragerunde und erteile zunächst Frau Dr. Brandi, zur Beantwortung für fünf Minuten das Wort

Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn: Vielen herzlichen Dank für die interessanten Fragen, und ich schaue, wie weit ich bei der Beantwortung komme. Paketlösungen, also in tegrierte Ansätze über Sektoren hinweg, sind sicher eine gute Möglichkeit, aber sie erfordern auch Koordination in den Partnerländern. Die Frage ist, welche Strukturen müssen vor Ort da sein, und wie kann man die Stadtverwaltung stärken, um die übergreifenden Konzepte umzusetzen. Ich denke im Kontext informeller Siedlungen oder auch Slums ist eine Förderung von Kollaboration oder entsprechenden Ansätzen bei den Slumbewohnern, den Slum Dwellers, mit den städtischen Verwaltungen und Mitlauforganisationen, wie NGOs, die Lösungen vor Ort bereitstellen, tatsächlich besonders vielversprechend. Ein gelungenes Beispiel, und das hatten Sie vorhin schon erwähnt, sind Slum Dwellers International, die es geschafft haben, ein riesiges Netzwerk aufzubauen. Die sind in 33 Städten aktiv; allein in Indien haben sie mehrere Millionen Mitglieder und schaffen es, Ressourcen zu generieren. Über Mikrosparssysteme, bei der Organisation von Frauen und dem Vorantreiben von Wohnungsbau sind sie aktiv und erfolgreich. Auch die Städteverwaltungen kooperieren mit ihnen, da sie selber Ressourcen- und Legitimationsdefizite festgestellt haben, und in der Kooperation mit Slum Dwellers International kann es gelingen, Verbesserungen zu erreichen. Das sind förderungswürdige Ansätze, die auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf Energie und Motivation und auf das Humankapital der Bewohner in den informellen Siedlungen zurückgreifen. Beim Stichwort Dezentralisierung denke ich, dass diese alleine nicht reicht, sondern wir müssen überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, wie Herr Prof. Schmidt-Kallert erwähnt hat, Planungs- und Finanzhoheit auf die kommunale Ebene zu übertragen. Gleichzeitig müssen wir überlegen, wie demokratische Beteiligungsprozesse vor Ort gestärkt werden können, und da sind Bürgerhaushalte ein gutes Beispiel. Die sind zahlenmäßig relevant, und sind nicht nur in einzelnen Ländern, sondern flächendeckend entstanden. Von Porto Alegre in Brasilien haben sie sich ausgebreitet und sind heute in mehr als 1.000 Kommunen in



ganz Lateinamerika im Einsatz. Mittlerweile findet man sie weltweit in Kommunen, und dort schaffen sie mehr Transparenz in der Haushaltsführung, da sie sich an den Haushaltsprozessen beteiligen und so nachweislich Korruption verringern. Das ist ein guter Ansatz, und wir sollten in diese Richtung weiterdenken. Nun zur Frage nach der ökologischen Transformation, was wir von ihr lernen können und ob die Mittel oder der politische Wille fehlen. Ich denke, dass gegenseitiges Lernen immer ein gutes Stichwort ist, und es ist gut, dass wir uns in Europa auch als Lernende sehen, wenn es um Nachhaltigkeitsfragen in Städten geht. Voneinander lernen ist auch im Kontext von Städtepartnerschaften und Städtenetzwerken sehr interessant. Es gibt zahlreiche Städtenetzwerke und Clubs; die großen Megastädte haben sich ebenfalls zusammengeschlossen. Das sind Netzwerke und Zusammenschlüsse der Zukunft, in denen die Akteure als Gestalter tätig werden. Das gilt für den Bereich Klimawandel, aber auch weit darüber hinaus. Im Kontext solcher Netzwerke können Städte nicht nur voneinander lernen, sondern wirklich wichtige Akteure in der internationalen Politik werden, irgendwann vielleicht sogar wichtiger als Nationalstaaten. Die Frage stellt sich dann auch, wie das rechtlich und in der Global Governance verankert wird, aber hier ist sicherlich viel Potential. Städte sind Problemlöser, aber es gibt kaum Probleme, die sich ausschließlich in Städten lösen lassen. Gleichzeitig ist es wichtig zu betonen, dass Städte eine riesige Hebelwirkung haben. Wenn wir es schaffen, bestimmte Probleme in Städten anzugehen, dann erreichen wir damit sehr viele Menschen und können deren subjektive Wohlfahrt, die ökonomische Situation und die damit zusammenhängende Nachhaltigkeitsfrage thematisieren. Wir müssen auch von dem Bild von Entwicklungsländern, die ausschließlich ländlich, also rural, geprägt sind, wegkommen und erkennen, dass die Menschen in diesen Regionen immer weniger werden. Der zentrale Anknüpfungspunkt, auch für Entwicklungszusammenarbeit, ist dieser Wechsel der Wahrnehmung. Insofern begrüße ich es sehr, dass die deutsche EZ sich dem Thema Urbanisierung jetzt im Rahmen des UN-Habitat-Prozesses mit neuer Energie widmet, und dafür ist diese Anhörung ein guter Anlass. Wenn wir uns überlegen, ob der Fokus entweder auf Mega-Cities oder auf größere oder kleinere Städte liegen sollte, dann schließt das einander nicht aus. Ich würde auch von einem „sowohl

als auch“ sprechen. Neben den Mega-Cities, die in einigen Bereichen eine große Rolle spielen, gerade wenn es um Global Governance geht, liegt das größte Potential für Wachstum in den kleineren und mittleren Städten, und die dürfen auf keinen Fall vergessen werden.

Der **Vorsitzende:** Dankeschön, Frau Dr. Brandi, und nun Herr Prof. Dr. Schmidt-Kallert.

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Universität Dortmund: Bei den positiven Beispielen aus Afrika ist im Bereich Forschung ganz viel gemacht worden über Urbanisierung in Afrika, da dort ein anderes Urbanisierungsmuster besteht als in vielen anderen Teilen der Welt. Dort gibt es nicht die industrieinduzierte Urbanisierung, sondern armutsinduzierte Urbanisierung. Die Forschung verdeutlicht, welches positive Potential, auch Steuerungspotential, in den informellen Siedlungen steckt. Mir fällt jetzt allerdings kein gutes Beispiel ein, wo für eine Megastadt eine neuartige Vision entwickelt worden wäre. Das findet dann eher bei Mittelstädten statt; ich habe ein Mittelstadt-Förderungsprogramm in Ghana im Kopf, das gemeinsam von der KfW und der damaligen GTZ 20 Jahre lang betrieben wurde und wirkliche Impulse gegeben hat, um die Mittelstädte im Mittelgürtel von Ghana im Bereich der Infrastruktur, aber auch als Standorte für Kleinindustrien zu stärken. Einige andere Fragen sind schon beantwortet worden. Multilokale Haushalte als Chance, aber auch die damit verbundenen Probleme, sind erwähnt worden. Die Familien können durchaus auseinander brechen; das ist familiärer Stress und führt auch zu Umweltproblemen, wenn Leute ständig pendeln zwischen Stadt und Land. Die Chancen bestehen aber darin, dass die Haushalte intern ökonomische Beziehungen aufgebaut haben. So gibt es einen Kleinbetrieb in der Stadt, der Rohstoffe benötigt, die vom Land kommen, und das kann dann intern geregelt werden. Da gibt es Handelsströme auf Familienebene, die ansonsten in ökonomischen Statistiken gar nicht erscheinen würden. Beim BMZ-Papier ist die Rede davon, dass die Administration, also die Kommunalverwaltungen in den Städten und im Umland, besser miteinander kooperieren müssten. Aber auch multilokale Haushalte überbrücken oft tausende Kilometer. Da ist jemand ganz weit weg im Hinterland, wo wirklich schlechte Bedingungen



und Armut herrschen, und hier müssen ebenfalls neue Wege der Kommunikation und Kooperationen gefunden werden, zum Beispiel durch Partnerschaften zwischen den Kommunalverwaltungen. Die Wirtschaftsförderung bezieht sich im Übrigen auf eine Kommune und nicht auf verschiedene Standorte, wo jemand tätig ist. Frau Hänsel hatte noch eine Frage zu PPP. Ich bin der Meinung, dass man unterschiedliche Systeme kombinieren muss. Es geht bei der Infrastrukturbereitstellung keineswegs nur um ein PPP-Projekt, sondern alle müssen interagieren: Staat, private Anbieter, NGOs und Selbsthilfeorganisationen. Da gibt es sehr positive Beispiele im Bereich der Abfallentsorgung, wo Selbsthilfekomponenten eingebaut werden. Die Überlegung, ob die deutsche EZ sich auf Klein- und Mittelstädte konzentrieren sollte, ist eine Idee, über die man reden könnte. Es gibt Länder, die weniger Mittel für die EZ bereitstellen und sich ganz bewusst auf einen Bereich konzentriert haben. Deutschland könnte sagen, wir konzentrieren uns auf Beratungen für unsere vielgestaltigen Urbanisierungsmuster, und bei konkreten Interventionen konzentrieren wir uns auf die Mittelstädte. Das ist keine schlechte Idee. Gerade die Akteure lernen sehr viel voneinander. Ich habe beispielsweise in Afrika Planungsworkshops gemacht und dabei die Aufgabe erteilt, alternative Szenarien für die Zukunft zu entwickeln. In Afrika war das im ersten Anlauf schwierig. Später habe ich etwas Ähnliches in Niedersachsen ausprobiert, wo es um Regionalplanung gegangen ist. Eine Versammlung von Dorfbürgermeistern, meine Kollegen und die Dame aus dem Regierungspräsidium in Oldenburg sagten allesamt, ‚Das ist schwierig, denn die Leute können nicht so in die Zukunft schauen und sich keine Vorstellung von dieser machen.‘ Im weiteren Verlauf des Workshops erinnerte ich mich an die Situation in Ghana; es war also gar nicht so unterschiedlich. Man kann Erfahrungen transferieren, und ich kenne Leute, die in informellen Siedlungen in Entwicklungsländern gearbeitet haben und dann später in Deutschland im Nachbarschaftsmanagement der Programme der sozialen Stadt beschäftigt waren. Das waren nicht die schlechtesten Mitarbeiter, die die Erfahrungen der unterschiedlichen Welten einbringen konnten. Ich habe 12 Jahre lang versucht, den Oberbürgermeister von Dortmund zu überzeugen, eine Städtepartnerschaft mit der ghanaischen Stadt Kumasi, zu der unsere Hochschulpartnerschaft besteht, aufzubauen, aber

er hat die Stadt nicht gewollt. Da gibt es immer bestimmte Modeströmungen, und die Kommunen wollen heute alle eine Partnerschaft mit einer chinesischen Stadt.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön für die Beantwortung der Fragen. Ich erteile Herrn Prof. Dr. Speer noch einmal das Wort.

Prof. Dr. Albert Friedrich Speer jun., emeritierter Professor und Dekan des Fachbereiches Raum und Umweltplanung, Universität Kaiserslautern und Gründer des Büros Albert Speer & Partner, Frankfurt: Ich kenne Aleppo aus meiner Jugendzeit, als ich in der Türkei ein studentisches Praktikum gemacht habe. Ich bin mit dem Motorroller von Ankara weiter gefahren bis nach Aleppo. Die Stadt hat für mich den bleibenden Eindruck einer grandiosen arabischen Stadt hinterlassen. Was da passiert ist, ist eine Weltkatastrophe. Man muss abwarten, wie sich das weiter entwickelt. Man hat auch Städte wie Dubrovnik wieder aufgebaut, das jedoch viel kleiner war und andere Rahmenbedingungen hatte. Ich glaube nicht, dass man diese historischen Schätze wieder herstellen kann. Ich kann mir jedoch vorstellen, dass man Teile davon als Imitate wieder nachbaut und so tut, als gäbe es wieder ein historisches Aleppo.

Der **Vorsitzende**: Jetzt kann ich an dieser Stelle noch ergänzen, dass ich 1969 mit einem VW-Bus in Aleppo gewesen bin und damals ähnliche Eindrücke mit nach Hause gebracht habe. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde im zweiten Themenblock.

Abg. **Charles M. Huber** (CDU/CSU): Ich denke mir, es wäre gut gewesen, wenn sich die Afrikaner so viele Gedanken über die Notwendigkeiten gemacht hätten, um die demographische Entwicklung in irgendeiner Form kanalisieren zu können. Herr Prof. Schmidt-Kallert, Sie haben den Vergleich zwischen Niedersachsen und Ghana gebracht. Da sehe ich doch einige markante Unterschiede zwischen afrikanischen Verwaltungsbeamten und denen in Niedersachsen. Deswegen ist meine grundsätzliche Frage, inwieweit eine soziokulturelle und eine sozioökonomische Expertise bei diesen Überlegungen eine Rolle gespielt hat. Wir sehen, dass die ökonomische Entwicklung mit der demographischen Entwicklung der Länder nicht analog läuft.



Die Priorität ist vielmehr, wie komme ich von heute zum nächsten Tag. Das ist der Fall auf individueller und auch auf politisch-staatlicher Ebene, weil die Ressourcen nicht da sind, die aus Steuererträgen generiert werden könnten, um Verwaltungsbehörden zu finanzieren. Herr Prof. Schmidt-Kallert hat sich über Kataster und die Katastererfassung geäußert. Es gibt, wie Sie wissen, das altergebrachte Grundbesitzrecht auf stammesspezifischer Ebene, und da gibt es große Diskrepanzen und Streitigkeiten mit der katastralischen Erfassung. Um diese zu überwinden, gibt es nur Rechtssicherheit, die aber häufig nicht gegeben ist. Wie ist Ihre Erfahrung mit den dezentralisierten Behörden? Meine persönliche Erfahrung ist, wenn Sie auf dezentraler Ebene irgendetwas machen wollen, müssen Sie doch irgendwann auf die höhere Ebene zurückgreifen, und das heißt, an den Minister oder sogar den Präsidenten herantreten, weil sonst keine Genehmigung erfolgt. Wie sieht die Expertise von afrikanischer Seite aus, und wie ist der Impact? Wird Ihre Expertise nachgefragt und wenn sie nachgefragt wird, wie wird sie umgesetzt und finanziert. Wie sieht hier die Dynamik aus?

Abg. **Heike Hänsel** (DIE LINKE.) Ich habe zum Abschluss noch allgemein eine Frage an Sie beide, weil die EZ bisher den Fokus nicht auf die Stadtentwicklung gelegt hat. Es sind bei der EZ in erster Linie Einzelprojekte. Aber ich sehe kein Gesamtkonzept, sondern das, was die Regierungen anfordern und was bei der staatlichen EZ ausgehandelt wird. Was wären von Ihrer Seite die zwei, drei wichtigsten Fokussierungen? Das ist natürlich sehr unterschiedlich, und man kann das gar nicht verallgemeinern, aber vielleicht versuchen Sie, ein wenig zu abstrahieren. Das „Do no harm“-Prinzip muss eingehalten werden und auch die Stärkung einer guten sozialen Stadtentwicklung, die zudem ökologisch ausgerichtet ist, ist wichtig. Dann möchte ich Herrn Prof. Schmid bitten, über seine Erfahrungen bei der Stadtentwicklung in Havanna zu berichten. Vielleicht können Sie einige Sätze dazu sagen, denn Kuba ist bekanntermaßen nicht an die Globalisierung angedockt, sodass sich dort vielleicht ganz andere Herausforderungen stellen.

Abg. **Gabriela Heinrich** (SPD): Ich wünsche mir, dass Frau Dr. Brandi abschließend etwas zum Thema Energie, insbesondere Erneuerbare Energien, sagt und hier vor allem zu den Konzepten,

die Sie uns mitgeteilt haben. Diese netzunabhängigen Lösungen und vor allen Dingen auch die intelligenten Systeme sind interessant. Wissen Sie, ob wir so etwas praktisch durch die GIZ oder andere Organisationen fördern? An Herrn Prof. Dr. Schmidt-Kallert noch eine Frage: Wir haben vorhin das Thema Verdichtung bzw. Kompaktheit gehabt. Für mich besteht jetzt die Frage, ob Sie in unseren deutschen wachsenden Kommunen Ansätze sehen, sich mit dem Thema noch einmal besonders auseinanderzusetzen. Was das Thema Verdichtung angeht, erlebe ich sie gerade in der Kommune immer als Gegensatz zur Grünplanung. Das sind häufig zwei konträre Ziele, die aber beide, soweit ich es verstanden habe, durchaus klimafreundlich nebeneinander stehen könnten.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU): Danke, dass ich noch eine zusätzliche Frage stellen kann. Wir haben immer davon gesprochen, die Bevölkerung vor Ort mitzunehmen und in die Prozesse miteinzubeziehen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, die Menschen dort vor Ort zu überzeugen, den westlichen Lebensstil, den wir in unseren Städten derzeit pflegen, nicht nur nachzuahmen, gerade wenn wir an Klimaprozesse denken. Beim Beispiel Individualverkehr wird das deutlich, der sicher stadtplanerisch eine sehr hohe Relevanz hat, weil man die Verkehrskorridore vorhalten muss. Wie kann man das hinbekommen, und verfolgen Sie entsprechende Ansätze? Gibt es Ideen, wie wir dort vor Ort Überzeugungsarbeit in die Bevölkerung hinein leisten können, den Verzicht sozusagen ausüben zu müssen, im Sinne des Ganzen. Gibt es die Chance, möglicherweise direkt auf die nächste Stufe der Mobilität, die wir uns in Europa wünschen, zu setzen?

Der **Vorsitzende**: Damit kommen wir zur letzten Antwortrunde, und ich schlage vor, dass Frau Dr. Brandi beginnt und dann Herr Prof. Schmidt-Kallert folgt.

Dr. Clara Brandi, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn: Vielen Dank für die Fragen, die ich jetzt versuche, zu integrieren, damit ich auf die einzelnen Aspekte eingehen kann. Die wichtigen Felder, in denen man aktiv werden kann, habe ich schon genannt. Ich möchte sie aber nochmals benennen und dann ein bisschen unterfüttern. 1. die



räumliche Gestaltung von Städten, insbesondere deren Kompaktheit. 2. Infrastrukturen, vor allem Energie und Mobilität. 3. Wohlfahrt in Städten und 4. Governance. Mit Blick auf räumliche Gestaltung ist es wichtig zu sagen, dass Kompaktheit natürlich nicht heißt, dass wir keine Grünflächen mehr haben. Die sollen Bestandteil der Planung sein, aber es gibt interessante Möglichkeiten, Kompaktheit zu fördern. So gibt es in Dänemark ein Gesetz, dass größere neue Büroräume nicht zu weit, nämlich nur 600 Meter, von öffentlichen Nahverkehrshaltestellen entfernt gebaut werden dürfen. Das ist dann Durchmischung und Kompaktheit, und das kann man auch in anderen Kontexten anwenden. Den nächsten Punkt Energie würde ich ähnlich sehen wie Herr Prof. Schmidt-Kallert, nämlich ein Sowohl-als-auch. Der Zugang zur zentralen Energie mit Erneuerbaren Energien wäre wünschenswert, aber er ist schwierig umsetzbar, kostspielig, unrealistisch und deshalb sollten wir auf vorhandene dezentrale Lösungen setzen. Kleine „Solar-Home-Systeme“, die es auch Haushalten mit niedrigem Einkommen ermöglichen, ihre Energie durch regenerative Energien zu decken, können hier die Lösung sein, und das ist ein Ansatz, der verfolgt werden sollte. Ein anderes großes und wichtiges Thema ist Energieeffizienz, die durch Isolierung, Dämmung oder Einsparungen bei der Beleuchtung erreicht werden kann und unheimlich viel Potential bietet. Neue Studien zeigen, dass die Energieeffizienz in Städten um das Fünffache gesteigert werden kann. Auch da kann man eine enorme Hebelwirkung feststellen, die tatsächlich umsetzbar ist. Der nächste große Infrastrukturbereich ist Mobilität, und hier ist neben Kompaktheit eben ein großer Hebel bei den Fragen der Transformation zur Nachhaltigkeit zu sehen. Insofern ist die Frage von Frau Roth, ob die Mittel oder der Wille fehlt, verständlich. Im Bereich Mobilität gibt es gute Anknüpfungspunkte, die auch inklusiv sein können. Dabei geht es darum, durch kompakte Städte Verkehr zu vermeiden oder zu verringern. Außerdem muss man zusätzlich das Angebot an Alternativen so attraktiv machen, dass es genutzt wird und auch von Personen mit niedrigem Einkommen genutzt werden kann. Dazu zählen dann Maßnahmen wie Sicherheit von Straßen für nichtmotorisierte Mobilität, also für Fußgänger und Radfahrer. Das erfordert ein Umdenken, die Straße als öffentlichen Raum zu gestalten und nicht nur für motorisierten

Verkehr zuzulassen oder den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr ohne Megaprojekte zu gestalten, sondern mit dezentraleren Lösungen wie Schnellbussysteme. Das ist machbar und wird mittlerweile in 160 Städten erfolgreich praktiziert und das sogar in Städten wie Bogota, wo Millionen Menschen pro Tag in den Schnellbussystem transportiert werden. Dieses System mit dem Paratransport zu kombinieren, bietet die Möglichkeit, noch flexibler zu agieren. Der Fokus sollte durchaus auf nachhaltigen Lösungen, wie Schnellbussysteme, liegen, die kostengünstig sind, die Luftqualität verbessern und den Verkehr sicherer machen. Es wurde gefragt, ob die Mittel oder der Wille fehlen. Es wäre hilfreich, wenn Städte ihre Gelder umwidmen könnten. Das ist in lateinamerikanischen Städten schon passiert; das Geld für den Ausbau von Schnellstraßen in Städten wurde dort für den Ausbau von Schnellbussystemen umgewidmet. Es kann zum Teil Geld durch die Senkung von Subventionen für fossile Energie eingespart werden, und das ist gleichzeitig ein Anreiz für neue Lebensstile und Mobilitätskonzepte. Durch Antistaugebühren (Congestion Charges) oder Parkgebühren kann ebenso Geld für Mobilitätskonzepte in die Haushalte kommen wie durch eine City-Maut. Gleichzeitig zeigen sich hier Anhaltspunkte für eine Verhaltensänderung, und deshalb fehlt meiner Einschätzung nach nicht unbedingt der Wille. Es gibt technologische Lösungen und finanzielle Mittel, und somit denke ich, es fehlt eher das Umdenken und die Möglichkeit, neue Perspektiven wie Mobilität nachhaltiger, „pro-poor“ und inklusiv zu gestalten und auch umzusetzen. Dieser Ansatz ist vor allen Dingen für Personen mit niedrigem Einkommen relevant. Bei den aufstrebenden Mittelklassen geht es auch um Lebensstile, und da müssen wir uns alle „an die eigene Nase fassen“ und überlegen, ob wir da wirklich immer die guten Beispiele bieten.

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Fachgebiet International Planning Studies (IPS), Universität Dortmund: Es ist völlig klar, Herr Huber, dass Oldenburg oder Nord-West-Niedersachsen nicht identisch mit Afrika sind. Sie haben gesagt, dass es um soziokulturelle Sensibilität geht. Ich möchte darauf hinweisen, dass viele Leute, die in Afrika gelebt haben und dann hinterher in der Stadt- oder Regionalentwicklung in Deutschland gearbeitet haben, das zunächst hätten beweisen müssen. Afrika ist immer mehr als zweierlei, und dazu gibt es das



interessante Buch von Al A. Mazrui „The Africans – A triple Heritage“. Afrika hat also die eigenen afrikanischen Traditionen, die islamischen Traditionen und die europäisch aufklärerischen Traditionen mit dem Christentum. Es ist alles vorhanden, und man muss mit diesen unterschiedlichen Traditionen zurechtkommen. Aber es ist wichtig, dass zwischen den verschiedenen Traditionen moderiert wird, und das habe ich sagen wollen bei meinem Hinweis auf das Bodenrecht. Es gibt Situationen, in denen Leute sagen, dass das traditionelle Bodenrecht ausreichend ist und man da Sicherheit hat. Dann gibt es an der Grenze zwischen modernem Bodenrecht und traditionellem Bodenrecht Konflikte, die gelöst und moderiert werden müssen. Da muss irgendeine Lösung gefunden werden, die beiden Seiten gerecht wird. In dem Sinne würde ich auch die Frage von Frau Hänsel beantworten. Ich glaube nämlich auch, dass kein Gesamtkonzept für Urbanisierung und ländliche Entwicklung in Deutschland besteht. Es hat in anderen Bereichen immer sehr viele klarere Konzepte gegeben als für Stadtentwicklung. So ein Konzept zu entwickeln, wäre aber wichtig. Ich kann natürlich nicht in einer Minute sagen, wie das aussehen soll, aber Elemente könnten sein: 1. Auf der gesamtstaatlichen Ebene bei künftigen Siedlungsstrukturen zu beraten, also einen Raumordnungsplan, einen Siedlungsstrukturplan für das Land zu entwickeln, wo die Hierarchien der Städte und die Netzwerke berücksichtigt werden. 2. Es muss eine Moderatorenrolle zwischen der formellen Stadt und der informellen Stadt bedacht und Einvernehmen zwischen vielen Akteuren hergestellt werden. 3. Ich habe die Interventionen schon mehrmals ausgeführt. Diese müssen konkret geplant werden, und dabei sollte man nicht nur eine Lösung im Blick haben, sondern gerade die Schnittstellen, wie bei den modernen Verkehrslösungen oder eben bei unterschiedlichen Systemen in der Müllentsorgung. Ich hatte vorhin noch vergessen, auf den Hinweis von Frau Pfeiffer, warum immer mit modernen Baumaterialien gebaut würde, Bezug zu nehmen. Das ist eine interessante Anmerkung, denn es gibt auch bei deutschen Akademikern eine Tradition, genau das zu fördern. Es gab vor 30 bis 40 Jahren Institute für tropisches Bauen, die die traditionellen Baukulturen erforscht und dann versucht haben, diese Kultur in den Modelldörfern in Afrika weiter zu entwickeln. An der Universität Kumasi in Ghana, wo ich drei Jahre gelehrt habe,

gab es auch Lehmbauten, die dreistöckig waren und eigentlich zeigen sollten, dass das möglich ist und man sogar im städtischen Kontext mit Lehm bauen kann. Trotzdem hat sich das relativ wenig durchgesetzt. Modern wurde vielmehr identifiziert mit Betonblockstein oder Betonbauweise. Aber in den letzten fünf Jahren sehe ich, dass unter den Vorzeichen von Klimaschutz und klimagerechtem Bauen junge Leute in Entwicklungsländern solche Themen wieder aufgreifen. Eine meiner ehemaligen Architekturstudentinnen, die später Raumplanung studiert hat, hat mir geschrieben, dass sie in Indonesien eine kleine Firma gegründet habe, wo sie aus lokalen Baustoffen klimagerechte Baumaterialien entwickeln würde. Es gibt also eine neue Bewegung von unten, und das ist interessant und gut.

Der **Vorsitzende**: Gerade solche Ansätze können durch die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden, weil es Fördermittel für kleine und mittlere, innovative Unternehmen gibt. Abschließend bitte ich noch Herrn Prof. Schmid um die Beantwortung der Frage.

Prof. Dr. Christian Schmid, Titularprofessor Departement Architektur an der ETH Zürich, Schweiz: Ich möchte gleich noch zu diesen Materialien ergänzen, denn das ist tatsächlich so, dass man das wieder aufgreifen sollte. Wir machen zum Beispiel an der ETH ein Projekt, bei dem Stahlbeton durch Bambus ersetzt wird. Das ist wirklich ein sehr spannender Prozess. Dadurch löst sich auch das Problem, dass es keinen Sand mehr gibt, in Wohlgefallen auf. Da wird man sowieso andere Dinge entwickeln müssen, und das ist ein guter Anfang. Ich mache jetzt einen gewagten Sprung nach Havanna, über das ich lange erzählen könnte. Wir haben vor zehn Jahren mit einem Projekt angefangen, und ich hoffe, dass Sie vielleicht in zwei Jahren ein Buch lesen können, das in Havanna produziert worden ist. Havanna ist eine Stadt, eine Metropole, aus dem Jahr 1959. Die Revolution hat sozusagen diese Stadt konserviert. Es gab praktisch keine Urbanisierung. Die Politik hat gesagt und vorgegeben, das gesamte Land als Ganzes zu entwickeln. Wenn ich mir die Lebenserwartung anschau, die ungefähr so hoch ist wie in Mitteleuropa, war der Ansatz erfolgreich. Aber Havanna ist eine Stadt, die unaufhaltsam zerfällt, weil man nie investiert hat. Das führt zu neuen Ungleichheiten,



und das steht entgegen der allgemeinen Doktrin, denn es gibt natürlich privilegierte Zonen entlang der Küste. Wir haben das den Blue-Strip genannt, und dann gibt es Havanna-Profunda, das dahinter liegt und mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es gibt also auch da eine ungleiche Entwicklung, die eigentlich verborgen blieb und die wir erst aufdecken mussten. Die Tendenz besteht, und so gibt es diesen großen Hafen in Havanna, aber man baut noch einen neuen. Damit könnte man den großen Hafen frei gestalten, aber bei den Vorschlägen, die auf den Tisch kommen, könnte man sich die Haare raufen. Auch China macht Vorschläge, und ich warte nur darauf, dass jemand mit der Idee kommt, wie man den gesamten Hafen, der eigentlich das Zentrum von Havanna ausmacht, privatisieren könnte. Es ergibt sich die Frage, ob wir nicht von den schlechten Beispielen lernen und mit weniger Mitteln arbeiten können. Ich stand in Mexiko-City in der Peripherie und habe gesagt: Müsst ihr wirklich alles nachmachen, was man in Paris falsch gemacht hat? Ich sage euch voraus, dass ihr eine unglaubliche Verschwendung

von Ressourcen habt und am Schluss steht eine Entwicklung, mit der niemand glücklich ist. Aber das ist zum Teil wirklich schwierig. In Havanna sucht man einen Ausweg und hat begonnen, eine Art Charta aufzustellen, um Stadtentwicklung mit begrenzten Ressourcen zu erreichen. Das könnten wir übrigens auch in Zürich gebrauchen. In Havanna hat man begrenzte Ressourcen und könnte daraus ein entsprechendes Konzept machen.

Der **Vorsitzende**: Wir haben auch begrenzte Ressourcen, aber das betrifft eher die Zeit. Ich möchte allen Sachverständigen nochmals sehr herzlich für ihre umfangreiche Antwortbereitschaft und für die Bereitstellung der Unterlagen danken. Damit können wir auch nachhaltig nach der Anhörung weiterarbeiten. Das Thema wird uns weiter beschäftigen, das darf ich eindeutig sagen. Nicht nur im Ausschuss, sondern auch in Berlin, wenn es um die Bewerbung für UN-Habitat III geht, die wir als Mitglieder des AwZ gerne unterstützen. Wir hoffen, dass die UN-Habitat 2016 in Berlin stattfindet und wir uns bei dieser Gelegenheit wiedersehen.

Ende der Sitzung: 13:20 Uhr

Dagmar G. Wöhrl, MdB
Vorsitzende

Jürgen Klimke, MdB